

hat dieser Tage in einem Zentrumsblatt anerkannt, daß die ober-schlesischen Berg- und andre Arbeiterfamilien hungern und darben. Er schrieb:

„Ich bin schon oft unvernünftig, gerade als die Familie bei Tisch saß, bei einem Arbeiter eingeleitet. Da saßen sie alle — meist 6 bis 10 Köpfe und darüber — um die Schüssel. Der Mann weilt hager, dünn, hochfüßig, überanstrengt von der Arbeit, die Kinder unterernährt, bleich-süchtig und mager. Und was hatten sie in der Schüssel? Kartoffeln, Kraut oder Stöbe und etwas Fleisch oder einige Graupenbratlinge. Ich schickte das Fleisch ganz oder der Mann hatte nur ein kleines Stüchlein.“

„Ich war manchmal erstaunt über das Essen, das die Frau dem Mann vorsetzte. Abgemottet von der Schicht und dem weiten Wege, sah er vor etwas Wasseruppe und Bräutlaroscheln, ohne Fleisch, um seine Kräfte wieder aufzufüllen. Ich machte der Frau manchmal Vorwürfe, daß sie den Mann nicht besser besorge. Wehmütig erklärte sie, mirgeben von einem Mabel Kinder: „Es geht nicht; höchstens zwei- oder dreimal in der Woche laun ich Fleisch kochen.“

Diesen hungernden Bergklaven steht eine Handvoll schwer-reicher Grubenmagnaten gegenüber. Mitleidlos und grausam lassen sie sich von der darbenenden Arbeiterschaft immer größere Gold-berge anhäufen. Die Besitzer der 58 Steinkohlengruben Ober-schlesiens haben im Jahre 1912 einen Reingewinn von 103 060 428 M. eingesackt. Bei 120 638 Beschäftigten hat jeder Arbeiter den Grubenherren einen Reingewinn von rund 1000 M. erarbeitet.

Schätze schaffen für andre, dabei mit Weib und Kind Hunger leiden, in verkrüppelten Schwindelkutschhöhlen wohnen und sich immer wieder neue Ketten der Unfreiheit anlegen zu lassen, das war auch für den anspruchlosen ober-schlesischen Bergmann auf die Dauer unerträglich. Die Vergleute stellten Forderungen auf Erhöhung des Lohnes um 15 Prozent, Festsetzung eines Minimallohnes, Ein-führung der Achtstundenschicht und Aenderung der Arbeitsordnung. Die Bergherren lehnten dies alles schroff ab, ohne auch nur mit den Arbeitern darüber zu verhandeln. Nun wurde dem preussischen Landtag eine diesbezügliche Petition eingereicht. Auf Antrag des ober-schlesischen Grubenbesizers und frommen Zentrumsmannes, Grafen Hentel v. Donnerstern, ging der Landtag über diese Petition zur Tagesordnung über.

Doch wenn der Arbeiter nirgends Recht finden kann, so greift er zum Streik — wenn er organisiert ist. Von den 120 000 Berg-arbeitern waren aber nur rund 25 000 organisiert. Davon 20 000 in der Polnischen Berufsvereinigung, rund 5000 im Berg-arbeiterverband und einige hundert im Christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein. Doch ungeachtet dessen hat die Pol-nische Berufsvereinigung — die andern Gewerkschaften stolz zur Seite stehend — den „Generallstreik“ proklamiert. Sie versprach allen, die sich am Streik beteiligen, ob organisiert oder nicht, die Streikunterstützung. Mit den Millionen, die sie gar nicht hatte, warf sie nur so umher. Auch aus Galizien, Amerika, England usw. würden Gelder einlaufen, sagte man. Das ganze Auftreten der Führer der Berufsvereinigung war sehr forsch und siegesicher. In der Proklamation des Streiks hieß es:

„Gemeinschaftlich soll die Arbeit niedergelegt und wieder ge-meinschaftlich aufgenommen werden, aber nicht eher, bis die Unternehmer die Forderungen bewilligen.“

Die Folge war eine erstaunliche. Am 19. April traten 20 000 Vergleute in den Aushand. Innerhalb zweier Tage wuchs die Zahl der Streikenden auf 75 000. Freund und Feind der Arbeiterschaft bewunderten die kühne Tat einer bis dahin so geduldrigen Arbeit-erschaft.

Nun begann eine tolle Geze seitens der Kapitalisten und ihrer Trabanten gegen die rebellischen Knappen. Die katholische Geistlichkeit erklärte den Streik für eine Sünde. „Das Gottesgebot lautet: Du sollst arbeiten“, riefen die katholischen Facharbeiter. Mit Strazigen kamen Polizeimannschaften aus allen Himmels-richtungen an, mit Säbel und Karabiner ausgerüstet, und über-schwebten das Industriegebiet. Doch die sonst so ungehörige Rolle ließ sich durch nichts provozieren. Mit geradezu bewundernswürdiger Ruhe standen die Bergproleten im Kampf, ließen sich auch von niemand zum Streikbruch bewegen. Der Ertrag sonst so vieler Krawalle in Oberschlesien war allerdings während des Streiks unerschätzlich gemacht worden, indem der Regierungspräsident s a m l i c h e S c h n a p s b u d e n des I n d u s t r i e g e b i e t s s a m l i e n l i e ß.

Als die Bergherren der Polnischen Berufsvereinigung nach-sagten, daß der Streik nur geführt würde, um die großpolnische Bewegung zu häuten, und daß der Kampf mit englischem Gelde bezahlt würde, um die ober-schlesische Kohlenindustrie zu ruinieren, da antwortete die Berufsvereinigung mit nachstehendem forschem Kurios:

„Hört, ihr Herren, das Volk der Bergarbeiter fühlt es, daß es Eigentümer dieser Erde und Schätze ist, die es für sich beansprucht. Es fühlt, daß ihr das Volk vernachlässigt habt und das Volk vernachlässigt. Während die Bergarbeiter in Schiefeln und im Schmutzweiser hagerer Sinne erhalten, sind die Verhältnisse in Oberschlesien himmelweit anders, und ihr zieht die Profiteure aus den noch nicht erwachten Opfern. Weil das Volk erwacht ist, da sagt ihr, der Kampf sei eine Politik der polnischen Partei. Ihr schreibt der Polizei, daß England das Volk unter-jügen werde, aber wer weiß, ob es nicht Tatsache wird, denn nun der ober-schlesischen Bergarbeiter aus der Anarchie zu erklären, würde selbst der Sprache mit jedem Großes nicht zuwiderlaufen.“

Es tagt im fernem Osten! Eine neue Armee für die proletari-schen Kämpfer! In Oberschlesien, der Provinz der Duld-samkeit, erwacht die Kampfeslust! So riefen freudig alle Arbeiter-freunde aus — wünschtes aus vollem Herzen den ruhigen und zähen Kämpfern den Sieg. Doch wer die Führer dieses Kampfes, die Polnische Berufsvereinigung, und die Größe ihrer Geldtasche kannte, der ist die ganze Sorge nicht los geworden, daß dieser so important begonnene Kampf ein unglückliches Ende nehmen würde. Nach dreiwöchiger Dauer, wo die Massen mehr denn je auf den Sieg rechneten und seit wie die Mannen fanden, erklärte die Be-rufsvereinigung — ohne die Mitglieder oder die andern Gewerkschaften zu fragen — den Kampf für beendet. Bedingungslos sollten die armen Bergklaven wieder ins alte Joch kriechen, gedemütigt und geschlagen, da nach mehr als zusehendem Grubenlospital aus-gegangen und entrechtet zu werden.

Und wann ging der Kampf verloren? Nun, zum Kampfe gehörten Mut, Tapferkeit und schnelle Führer und Geld, viel Geld. Der Mut war da, die Führer auch, es waren aber be-trübnisvolle Demagogen darunter, und das Geld fehlte fast gänzlich. In der Sache war nicht viel, und aus andern Gründen kam gar nichts. Von der hochwichtigen Beschreibungen haben die Führer der Berufsvereinigung aber auch gar nichts gehalten. Nach drei-wöchigem Kampfe, vor den Pfingstfesttagen, bekamen die alten Mit-

glieder 4 bis 12 M. Unterstützung, die Unorganisierten bekamen nichts. Drei Wochen lang vertröstete man die Leute auf eine hohe Unterstützung, gab ihnen dann aber nur Getreide, die Antreibungen auf Heringe, Kartoffeln, Sauerkraut und Buttermilch enthielten. Wegen Mangels an Geld ist dieser Kampf verloren gegangen. Welche Unehrlichkeit! Unter Vorpiegelung falscher Tatsachen zieht man Zehntausende aus der Arbeit heraus und überläßt sie dann dem Hunger. Schon die Aufforderung zum Streik enthielt eine offenkundige, fauchende Lüge. Es hieß darin, die Bergverwaltungen wollten alles beibehalten, sie wollten sich aber erst überzeugen, ob die Vergleuten auch einig sind. Und die unwissenden Leute glaubten auch diese Dummheit. Kurz vor Beendigung des Kampfes, als die Berufsvereinigung noch immer keine Unterstützung zahlte, fuhr ein Herr Schmidt vom Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein den Führer der streikenden Bergarbeiter, den Reichstagsabgeordneten Sosniski: „Warum haben Sie den Kampf begonnen, wenn Sie keine Gelder besitzen?“ Da erklärte Sosniski: „Wir haben geglaubt, in vier bis fünf Tagen wird der Streik erledigt sein. Entweder dadurch, daß die Unternehmer bewilligen oder weil die am Kampf beteiligten Bergarbeiter wieder von selbst aus dem Streik laufen.“ Wahr-haftig, die Führer der Berufsvereinigung eigneten sich genau so zur Führung von Wirtschaftskämpfen wie das Stachelschwein zum Sofa-sitzen. Man spekulierte, durch einen Putsch recht viel Mitglieder zu gewinnen. Das ist ein frevelhaftes Spiel mit dem Feuer. Nicht nur nutzlos, sondern auch erbärmlich feige haben sich diese Strategen benommen. Am 9. Mai, abends, erklärten sie den Kampf für beendet und dampften einfach mit dem nächsten Schnellzuge ab, ohne die erregten Massen darüber aufzuklären. Die großen Väter am Orte ließen sich auch nicht sehen. Unbeschreiblich war die Er-regung der Massen. Die Frauen weinten, die Männer stuchten, demohlierten die Streiklokale und schlugen manchen Vertrauens-mann blutig. Die feigen Väter, die das Unglück herbeiführten, überließen es den brüchigen Vertrauensleuten, die Massen zu be-schwichtigen. In Massenversammlungen suchten diese armen Kerle — jeder auf andre Weise — ihren Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Dreist und gottesfürchtig erklärte der eine: Es ist unwar, daß der Streik abgebrochen ist, das ist Lug und Trug. Es wird nach den Feiertagen weiter gestreikt. Der zweite meinte wieder, der Streik ist bloß unterbrochen, nach einigen Wochen beginnt er aufs neue. Manch anderer versuchte es sogar, den Leuten weiszumachen, daß die Bergherren alles bewilligt hätten, sie genierten sich bloß, ans Telephon zu gehen und dies der Streikleitung mitzuteilen. In der Tat diese Zerfahrenheit, dieser Berrat, diese dummdreiste Ver-logenheit übersteigt alle Grenzen, steht einzig da in der Ge-werkschaftsbewegung.

Dieser Kampf ist nicht nur für die geschlagenen Bergarbeiter, sondern für die gesamte Arbeiterschaft, vor allen Dingen aber für die Arbeiterschaft Oberschlesiens aller Industrien äußerst lehrreich. Es ist anzunehmen, daß die Arbeiter Oberschlesiens nunmehr er-lannt haben, wie sie sich selbst schädigen, wenn sie sich in nationale und religiöse Gewerkschaften zersplittern lassen. Einem so mächtigen Unternehmertum, wie es das ober-schlesische ist, ist nur die freie Ge-werkschaftsbewegung mit ihren gefüllten Kassen gewachsen. Wollen die Zehntausende von Arbeitern, die in Oberschlesien in für unerser-Verband zuständigen Fabriken arbeiten, vor dem traurigen Schicksal der Bergarbeiter bewahrt bleiben, so müssen sie der Berufsvereini-gung und sonstigen Zersplitterern der Arbeiter die Tür weisen. Das Märchen von der Religionsfeindschaft der freien Gewerkschaften ist bisher in Oberschlesien hartnäckig geglaubt worden. Hoffent-lich ist es nunmehr gründlich zerföhrt. Recht deutlich hat auch dieser Kampf wieder einmal bewiesen, welche Torheit es ist, religiöse und nationale Gesichtspunkte mit dem wirtschaftlichen Kampf zu ver-quicken. Was hat es den armen Knappen genutzt, daß ihre Führer jede Rede mit „Gelobt sei Jesus Christus“ begannen und mit „Gott segne es“ schloßen? Das Singen von Muttergottes-Liedern in den Versammlungen hat ebenfalls nichts genutzt. Überall flehte man den lieben Gott um den Sieg an, ließ in vielen polnisch-katholischen Kirchen geistige Messen lesen usw. Doch alles umsonst! Zum wirtschaftlichen Kampfe gehört Geld, da man vom Beten und Singen nicht satt wird. Gerade dieser Kampf zeigte, daß jene, die am lauteften ihre christliche Gesinnung priesen und den Betreuzigten am offenen Markte anbieten, die schlimmsten Lügner und Ver-räter waren. Ein toller Unfug ist da mit der Religion getrieben worden. Die katholische Geistlichkeit, die auf Seiten des Zentrums steht, erklärte den Streik für eine schwere Sünde; unermüdlich forderte sie die A n t i e r s c h a f t auf zum Streikbruch.

Die polnische Geistlichkeit derselben katholischen Kirche er-munterte dagegen die Streikenden zum Aushalten im Kampfe. „Der liebe Gott ist auf eurer Seite, mit seiner Hilfe werdet ihr liegen“, so riefen sie den Arbeitern zu. Die bekämpften Gruben-herren sind meistens Fürsten und Grafen, viele davon sind eben-falls fromme Katholiken. Also ein Kampf zwischen armen und reichen, aber strenggläubigen Anhängern der katholischen Kirche. Ueber den kämpfenden Glaubensgenossen steht als Oberhirt der Breslauer Fürstbischof Kardinal Dr. Kopp. Die ihm unterstellte Geistlichkeit verdammt allsonntäglich den Gläubigen — armen und reichen —: „Segnet, die euch fluchen, tut Gutes denen, die euch hassen!“ Der Oberhirt Dr. Kopp ist nebenbei auch ein Gruben-magnat. Ihm gehört die „Eminenzgrube“ bei Kattowitz. Auch dort streikten seine Schächte fast vollständig. Und siehe da: Die „Eminenzgrube“ war die erste, die sehr unchristlich handelte. Sie erklärte den Streikenden, daß sie sofort die Wertvollung zu räumen hätten. Die gepachteten Felder seien ihnen ebenfalls ent-zogen worden. — Sehet nach ihren Taten und nicht nach ihren Worten!

Auch der ober-schlesische Arbeiter muß erkennen, daß er es genau so machen muß wie das Unternehmertum. Ob Jude oder Heide, ob polnisch oder deutsch, ob zentralistisch, liberal oder konser-vativ, kurz ohne Unterschied sind die Unternehmer in einer Organi-sation vereinigt. Sie alle heuten den Arbeiter aus, nach seiner Religion oder Nation nicht fragend. So muß es auch der Arbeiter tun. Ohne Unterschied gehören die Arbeiter in eine Organisation. Wer beten will, mag in die Kirche gehen. Die Gewerkschaft soll nur ein Ziel verfolgen: Befreiung der Arbeiterschaft aus Elend und Not! Unse ober-schlesischen Arbeitbrüder müssen aber auch lernen, sich rechtzeitig zu organisieren, nicht erst dann, wenn der Streik beginnt. Soll es einmal im fernem Osten tagen, so muß auch dort der Grundjah seine Geltung haben: Erst säen, dann ernten! Erst rüsten, dann kämpfen! B. R.

Die neue Unfallverhütung.

Die gegenwärtige Gesetzgebung hat die Unfallverhütung im wesent-lichen den Berufsgenossenschaften übertragen. Diese Berufsgenossenschaften sind die Organisationen der Unternehmer selbst (zum Zweck der Durchführung der Unfallversicherung). Hieraus erklärt sich genügend, daß unsere Unfall-verhütung noch recht mangelhaft ist. Denn die Unternehmer werden doch keine Maßnahmen treffen, die ihnen etwa nachteilig sind.

Durch die neue Reichsversicherungsordnung sind auch die Vorschriften über die Unfallverhütung und die Ueberwachung der Betriebe einer Aende-rung unterzogen worden. Im großen und ganzen ist alles beim alten ge-blichen. Die Berufsgenossenschaften sind verpflichtet, die erforderlichen Vorschriften zu erlassen über 1. die Einrichtungen und Anordnungen, welche die Mitglieder (also die Unternehmer) zur Verhütung von Un-fällen in ihren Betrieben zu treffen haben, 2. das Verhalten, das die Versicherten zur Verhütung von Unfällen in den Betrieben zu beobachten haben. Zuordnungen der Arbeitgeber gegen die Vorschriften können mit Geldstrafen bis zu 1000 M., folge der Versicherten mit Geldstrafen bis zu 6 M. bedroht werden. Zur Beratung und zum Beschluß über die Vorschriften hat der Berufsgenossenschaftsvorstand Vertreter der Ver-sicherten mit vollem Stimmrecht und in gleicher Zahl wie die beteiligten Vorstandsmitglieder zuzuziehen. Die Vertreter der Versicherten werden von den Besitzern der Oberversicherungsämter gewählt, in deren Bezirk die Berufsgenossenschaft oder die Sektion Mitglieder hat. Wahlberechtigt sind nur die Vertreter der Versicherten. Die Berufsgenossenschaften sind berechtigt und auf Verlangen des Reichsversicherungsamts verpflichtet, technische Aufsichtsbereame anzustellen, um die Befolgung der Unfallverhütungs-vorschriften zu überwachen.

Neu sind folgende Einrichtungen. Alljährlich nimmt der Vorstand der Berufsgenossenschaft unter Einziehung der Vertreter der Ver-sicherten zu den Berichten der technischen Aufsichtsbereamen Stellung und regt die Maßnahmen an, die zur Verbesserung der Unfallverhütungs-vorschriften geboten erscheinen. Als technische Aufsichtsbereame können auch Personen ange stellt werden, die früher den versicherten Betrieben als Arbeiter angehört haben.

Seither ist den Vertretern der Versicherten zur Beratung und Be-schlußfassung über die Unfallverhütungsmaßnahmen nur selten zusammen-gekommen. Es war keine Seltenheit, daß die Vertreter während ihrer fünfjährigen Amtsperiode überhaupt nicht zu einer Sitzung herangezogen wurden. Wenn nunmehr bestimmt wird, daß die Vertreter mindestens jedes Jahr einmal zusammenkommen müssen, so ist das immerhin ein kleiner Fortschritt. Das Reichsversicherungsamt hat sodann ein Rund-schreiben an die Berufsgenossenschaften wegen Durchführung dieser Neuerung erlassen.

Danach sind unter den zu besprechenden Berichten die Einzelberichte zu verstehen, welche die technischen Aufsichtsbereamen den Berufsgenossenschaftsvorständen über ihre Tätigkeit erstaten. Es sei auch angängig, daß den Verhandlungen die von den Berufsgenossenschaftsvorständen alljährlich dem Reichsversicherungsamt einzureichenden zusammenfassenden Berichte jener Beamten zugrunde gelegt werden. Es müssen gemeinsame m a n n l i c h e Beratungen des Berufsgenossenschaftsvorstandes mit den Vertretern der Ver-sicherten stattfinden. Die Berufsgenossenschaftsvorstände dürfen es deshalb nicht den Vertretern der Versicherten überlassen, sich zu den ihnen übergebenen Berichten der technischen Aufsichtsbereamen schriftlich zu äußern. Die Be-stimmung, daß die Beratung alljährlich zu erfolgen hat, ist zwingend. Es genügt daher nicht, die Beratungen nur dann vorzunehmen, wenn be-stimmte Vorschläge zur Verbesserung der Unfallverhütungsmaßnahmen vor-liegen. Vielmehr muß a l l j ä h r l i c h zu dem Bericht über das Vorjahr Stellung genommen werden. Zu den Beratungen sind neben dem Reichs-versicherungsamt und den Vertretern der Versicherten sämtliche Mitglieder des Berufsgenossenschaftsvorstandes zuzuziehen. Die Vertreter der Ver-sicherten sind in jedem Falle in gleicher Zahl wie die beteiligten Vor-standsmitglieder zuzuziehen.

Die erstmaligen Beratungen im Jahre 1913 sollen geschehen im Anschluß an die Beratungen über die durch die Normal-Unfallverhütungs-vorschriften und die Reichsversicherungsordnung ver-anlaßten Änderungen und Ergänzungen der Un-fallverhütungs-vorschriften. Das ist sehr wichtig. Die Ver-treter werden sofort vor umfangreiche Aufgaben gestellt.

Die neuen Normal-Unfallverhütungs-vorschriften sind entworfen vom Verbands der Deutschen Berufsgenossenschaften unter Mitwirkung des Reichsversicherungsamts und einiger Bundesregierungen. Sie enthalten außer den allgemeinen Vorschriften über Betriebsführung und Fürsorge für Verletzte noch Bestimmungen über Dampfmaschinenbetrieb, elektrische An-lagen, Transmissionen, Arbeitsmaschinen usw. Die Berufsgenossenschaften sind ersucht worden, die Normal-Unfallverhütungs-vorschriften — ab-gesehen von den durch die besonderen Verhältnisse gebotenen Aende-rungen und Ergänzungen, möglichst wörtlich zu übernehmen. Die Ver-treter werden aber gut tun, sich die einzelnen Bestimmungen genau anzu-sehen.

Das Hauptaugenmerk ist besonders auf eine durchgreifendere Ueber-wachung der Betriebe zu legen. Wie es in dieser Hinsicht noch schlecht bestellt ist, zeigt die vom Reichsversicherungsamt herausgegebene Zu-sammenstellung der Jahresberichte der technischen Aufsichtsbereamen der Berufsgenossenschaften.

Ende des Jahres 1912 hatten von 66 gewerblichen Berufsgenossen-schaften nur 62 derartige Beamte angestellt, und zwar 362. Einige Beamte waren gleichzeitig für mehrere Berufsgenossenschaften tätig. Bei 300 Stellen mußten die Beamten als Rechnungsprüfer mit tätig sein. Am mangelhaftesten ist die Einrichtung bei den landwirtschaftlichen Berufs-genossenschaften. 20 dieser hatten überhaupt keine technischen Aufsichts-beamten.

Die Beamten verwendeten 59 829 Tage auf Betriebsrevisionen. Ab-gesehen von den Baugewerks-Berufsgenossenschaften wurden 93 522 ge-werbliche Betriebe revidiert. Das waren etwa 19 Prozent der zu revidierenden Betriebe. Von den landwirtschaftlichen Berufsgenossen-schaften erklärt man die Zahl der revidierten Betriebe gar nicht. Das Reichsversicherungsamt bemerkt aber, daß bei ihnen die Durchführung der Unfallverhütungsmaßnahmen erfreulich vorwärts schreite. Wie un-angenehm den Unternehmern die Ueberwachung der Betriebe ist, geht daraus hervor, daß über Bestrafungen wegen Zuwiderhandlungen gegen die Unfallverhütungs-vorschriften im Jahre 1912 allein 2955 Beschwerden von ihnen beim Reichsversicherungsamt eingingen.

Man sieht, an der Unfallverhütung ist viel zu bessern. Die Vertreter der Versicherten werden gut tun, vor der Beratung mit den Unternehmern Sonderbesprechungen abzuhalten. Eine Neuordnung der Vertreter hat aus-Anlaß des Inkrafttretens der Reichsversicherungs-ordnung noch nicht statt-gefunden; es fungieren zunächst die bisherigen Vertreter weiter. J. R.

Füchse als Beschützer der Gänse.

In Fabeln und Märchen kommt es oft vor, daß sich ein Füchse als Gänsebeschützer aufspielte und ihnen so lange schmeichelte, bis sie an seine Freundschaft glaubten. Die Folge war dann immer, daß die dumme Gans ihr Leben lassen mußte und der Fuchs sich dieselbe recht munden ließ. Was uns da in Tierfabeln und Märchen erzählt wird, passiert heute tatsächlich fast alle Tage — nicht zwischen Fuchs und Gans, sondern zwischen Arbeitgeber und Arbeiter. Immer und immer wieder hören wir von Arbeitgebern und ihren Söldnern, daß die Arbeiter unter der Döht der Unternehmer am besten aufgehoben sind, daß die Unternehmer sehr um das Wohl der Arbeiter besorgt sind, und daß Arbeiter und Unternehmer gemeinsame Interessen haben. Wie die Füchse in unsern Märchen da, wo sie auf geradem Wege ihre Beute nicht erschaffen können, erst auf allerlei Weise ihre Raubtiernatur zu verbergen suchen, um den Gansen ungefährlich zu erscheinen, so machen es auch die Unternehmer, indem sie ihren herrlichen Von mildern, die Arbeiter umschmeicheln, ihnen Unterstützung versprechen, gelbe Berline gründen usw. Lassen sich nun die Arbeiter betören, so können sie sicher sein, daß es ihnen genau so ergehen wird wie den abernern Gansen. Zwar werden die Arbeiter nicht verpeißt, aber sie bleiben in der Falle des Unternehmers hängen, werden ihrer Freiheit beraubt und dienen ihnen als verlorne Aus-beutungsobjekte.

Solange der Arbeiter als einzelnes schwaches Individuum dem wirtschaftlich starken Unternehmer gegenüberstand, da brauchte letzterer nicht auf allerlei List zu finnen, da er sowieso mit dem einzelnen Arbeiter tun und lassen konnte, was ihm beliebte. Da sich nunmehr alle Lar-denklenden Arbeiter mehr und mehr zusammenfassen, um den Unter-nehmern nicht mehr als Freiwild zu dienen, so greifen die Unternehmer

zu den erwähnten Buchspraktiken, in der Regel allerdings erst dann, wenn der Zusammenschluß der Arbeiter in einem Betriebe schon ziemlich fortgeschritten gemacht hat, wenn die Organisation erstarkt ist. Sind nur einzelne Arbeiter des Betriebes organisiert, so fällt es dem Unternehmer gar nicht ein, sie zu umschmelzen oder sich in Anleihen zu stützen, sondern er wirft sie kurzerhand hinaus. Terror und Hungerpeinliche schrecken seinen Willen.

Wie es gemacht wird, dafür mögen wir in den vielen Fällen, die fast täglich passieren, hier nur einige angeführt werden. Die Direktion einer chemischen Fabrik zahlte bisher einen Stundenlohn von 24 Pf. Sie ließ alle Beamten der Arbeiter um Lohnhöhefragen befragen, wenn ihr aber bekannt wurde, daß ein Arbeiter organisiert sei, so wurde er ohne weiteres entlassen. Als die Arbeiter das Bitten sahen, schickten sie alle organisierten und von der Firma eine Lohnhöhefrage forderten, da gingen die Herzen an, nach Art des Fräuleins zu predigen: „Hört mal, ihr Arbeiter, vor werben die Löhne später regeln. Ihr braucht aber deshalb nicht im Verband zu bleiben. Ihr könnt euch auf eine andre Weise zusammenschließen (im gelben Verein), da werdet ihr auch was erzielen und braucht nicht von eurem jahresweiligen Geld jede Woche 45 Pf. dem Verband zu opfern. Der „Proletarier“ ist ein Hehlblatt. Ein vernünftiger Arbeiter würde ihn nur einmal durchlesen und dann nicht wieder in die Hand nehmen.“ In dieser Weise ging es noch eine halbe Stunde weiter. Die Arbeiter hörten aber auf dieses Gerede nicht. Da ihre Forderungen nicht gutwillig bewilligt wurden, so erklärten sie sich durch einen kurzen Streik.

Ein anderer Fall: Die Arbeiter einer Papierfabrik mit sehr niedrigen Löhnen organisierten sich und erreichten dadurch nach und nach eine wesentliche Lohnaufbesserung. Auch ein Tarifvertrag wurde mit der Organisation abgeschlossen. Eines schönen Tages aber wurden die Arbeiter ins Kontor berufen. Dort stellte man das Ansuchen an sie, sich mit der Aufhebung des Tarifvertrages einverstanden zu erklären. Eine Weile, dann die Bühne zu lägen, bestände nicht. Die Firma wollte bloß deshalb keinen Tarifvertrag haben, weil sich die Tarifhaber daran stießen und gewillt seien, den Betrieb still zu setzen, wenn die Arbeiter auf den Vertrag nicht verzichten. Die Arbeiter hätten also über ihr Wohl und Wehe selbst zu entscheiden. Würden sie aber der Aufhebung des Tarifvertrages zustimmen, so würde die Firma auch Entgegenkommen zeigen, da sie gewillt sei, in Ruhe und Eintracht mit den Arbeitern zu leben und für sie zu sorgen. Die hohen Verbandsbeiträge könnten auch gespart werden, es sei doch schade um das viele Geld, das immer nach Hannover geschickt werden müßte. Als Ersatz dafür könnten sich die Arbeiter in einem Werkverein zusammenschließen. Anderwärts beständen auch solche Werkvereine, die sich als segensreich für die Arbeiter erwiesen hätten. (Gegenstreik für die Unternehmer. D. W.) Da die Arbeiter aber für die Wünsche des fürsorglichen Unternehmers kein Verständnis zeigten, auf die höhere Obhut ihrer Organisation nicht verzichten wollten, auch öffentlich dazu Stellung nahmen, so bestritt später der Unternehmer ebenfalls öffentlich alles das, was er zuvor von den Arbeitern verlangte. Meine Frau sagte auch, die Trauben sind mir zu sauer, dabei hingen sie ihm zu hoch.

Ein dritter Fall — pardon — der Leiter eines großen Dachsteinwerkes, hat ebenfalls allen Grund, die Organisation zu fürchten. In seinem Betriebe werden Stundenlöhne von 20 Pf. für erwachsene Männer gezahlt. Mit dem Hinausschmeißen der Organisierten ist da nichts mehr zu machen, da es den größten Teil der Belegschaft treffen würde. Daher versucht er auf eine originelle Weise die Arbeiter von der Organisation abzuhalten. Neulich fand da eine Zieglerversammlung statt, wobei den Zieglergewaltigen natürlich keine Schmeicheleien gesagt worden sind. Einige Tage später veranstaltete der Direktor des erwähnten Dachsteinwerkes eine Versammlung im Betriebe. Alle Arbeiter mußten daran teilnehmen. Er selber hielt den Vortrag und stellte die Ausführungen in unserer Versammlung als Schwindel hin. Dann meinte er weiter: „Ich erlaube es jedem, in solche Versammlungen zu gehen. (Wie gnädig.) Damit entstände aber den Arbeitern die Pflicht, den Reden dort energig entgegenzutreten. Bisher habe ich es mit euch gut gemeint (bei 20 Pf. Stundenlohn), aber wenn die Hegeleien so weiter gehen, dann muß ich andre Saiten aufziehen.“ Na, schlechter als bisher kann es den dortigen Arbeitern überhaupt nicht mehr gehen. Der Herr mag nur ruhig andre Saiten aufziehen. Vielleicht würde dies dazu beitragen, die betreffenden Arbeiter, soweit sie noch nicht organisiert sind, schneller zur Organisation zu bringen.

In den hier angeführten Fällen waren zwar die Arbeiter nicht so einseitig wie die Gänse, sie haben auf die Predigt der Fische nicht gehört. Uns sind aber auch genug Fälle bekannt, wo der Unternehmer durch geistige Manipulationen erreicht hat, daß sich die Arbeiter in seine Obhut begaben und der Organisation fernblieben. In den gelben Verbänden sind nicht nur die Inneinteressierten, Verdrängten und solche, die einen bedauerlichen Mangel an Mut haben und die Streiber, sondern auch sehr viele Naive, die den Unternehmern glauben, daß ihre Interessen besser in gelben Zeichen von Unternehmern abgehandelt werden als in der wirklichen Arbeiterorganisation. Diese leichtgläubigen törichten Gänse glauben, mit dem Unternehmer gemeinsame Interessen zu haben.

In letzter Zeit wird versucht, auf andre Weise zum Ziele zu kommen. Man gibt dem Reichsverbande zur Bekämpfung der Sozialdemokratie die Adressen der Arbeiter des Betriebes, und dieser verwendet dann seine famosen Schriften an die Arbeiter. Dadurch soll der Anschein erweckt werden, als ob der Unternehmer von nichts wüßte, und glaubt auf diese Weise die Arbeiter besser hinter sich ziehen zu können. Daß sich die Reichsverbände als die besten Freunde der Arbeiter hinstellen, ist ja allgemein bekannt. Diese Quackalber sind aber in Wirklichkeit nur die Hülfshänder des Ausbeutertums, sie verrichten die Arbeit, die dem Unternehmer oft zu delikate ist. Das Erhebendste dabei ist aber, daß weder die Unternehmer noch ihre Zutritter an eine Interessengemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit glauben. Schrieb doch selbst die „Deutsche Arbeitergebetzeitung“ im Jahre 1908 unter anderem: „Im übrigen stehen sie sich (Arbeiter und Unternehmer) als entgegengesetzte Gegner gegenüber, und es würde ein außerordentlich geringes Maß von politischem und sozialpolitischem Verständnis bedeuten, wenn jemand leugnen wollte, daß dieser Zustand in der Natur der Sache voll und ganz begründet ist. Arbeiter und Unternehmer können sich niemals dauernd versöhnen und anzukommen, sie können nur nach ehelichem Kriegsgebrauch in anständiger Weise miteinander verkehren.“ Es ist gewiß kein ehelicher Kriegsgebrauch, wenn Unternehmer hinterlistig, unter Vorpiegelung falscher Tatsachen, den Arbeitern ihre Waffen aus der Hand schlagen wollen. Weiter schrieb das selbe Blatt: „Ein wirklicher Friedenszustand aber ist für alle Zeit ausgeschlossen, sofern eben nicht die Koalitionsfreiheit wieder aufgehoben wird.“ Das ist richtig. Wenn der Fuchs die Gans aufgefressen hat, dann besteht zwischen beiden ein wirklicher Friedenszustand. Das Ideal der Hauptcharaktere ist es auch, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu nehmen, um dann ungehindert die Arbeiterkraft ausbeuten zu können. Die beste Antwort auf die hinterlistigen Praktiken vieler Unternehmer ist unermüdbare Aufklärung der Indifferenten, Stärkung der Schwächlichen und Ausbau unserer Organisation. Dann wird der Fuchs das Predigen einstellen.

Gegnerische Gewerkschaften.

Die deutschen Gewerkschaften H.-D. im Jahre 1912.

Das Zentralorgan der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften veröffentlicht über diese Organisationen den Jahresbericht. Wir entnehmen ihm, daß 21 Verbände der Zentralstelle angeschlossen sind, außerdem fünf selbständige Gewerkschaften sowie einige reine Unterstützungsvereine ohne gewerkschaftlichen Charakter. Die Gesamtmitgliederzahl betrug im Berichtsjahre 1912: 2 786 329,46 Mt., davon an Wochenbeiträgen: 2 315 875,25 Mt., die Anwärter betragen: 2 461 716,76 Mt., so daß ein Ueberschuß von 324 612,70 Mt. zu verzeichnen war, der in dem Gesamtvermögen der deutschen Gewerkschaften zum Ausdruck kommt. Von den Ausgabeposten sind folgende beachtenswert: Für Arbeitslosigkeit wurden bezahlt 226 775,77 Mt., für Reise, Umzug, besondere Notfälle und Invalidität 90 079,20 Mt., für Sterbefälle 119 931,68 Mt., für Krankenunterstützung 766 529,68 Mt. und für Streiks, Maßregelung und Aussperrung aus der Hauptklasse und den Volantklassen 348 939,26 Mt. Für Bildungszwecke wurden 22 194,09 Mt., für Agitation 206 268,84 Mt., für Verwaltungskosten der Hauptklassen 117 676,36 Mt., für die der Ortsvereine 218 537,54 Mt. ausgegeben; für Zeitungen 129 887,81 Mt.

Die Gesamtmitgliederzahl stieg von 107 743 Mitgliedern im Jahre 1911 auf 1 092 225 im Jahre 1912, das ist um rund 1500 Mitglieder. Der Bericht nennt diesen Zuwachs einigermaßen zufriedenstellend! Das zeigt von einer großen Bescheidenheit, die sich allerdings die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften seit Jahrzehnten unfehlbar aufzulegen mußten. Sie finden in der deutschen Arbeiterwelt keinen Anklang und darum ist ihre Existenz das reine Gegeister. In den letzten zehn

Jahren sind die Gewerkschaften um keinen Schritt vorwärts gekommen, wie folgende Ziffern zeigen. Es betrug die Mitgliederzahl in den Jahren:

1903	110 215	1908	105 633
1904	111 889	1909	108 028
1905	117 097	1910	122 571
1906	118 508	1911	107 743
1907	108 889	1912	109 225

Diese Stagnation, besser gesagt, dieser Niedergang, hätte eigentlich schon längst den Gedanken auskommen lassen müssen, die Gewerkschaften aufzulösen und sie solchen Gewerkschaftsrichtungen anzuschließen, die nicht nur bisher immer mehr an Boden gewonnen haben, sondern die auch weiter hoffnungsvoll in die Zukunft schauen können. Man bedenke, daß die freien Gewerkschaften im Jahre 1908 insgesamt 887 698 Mitglieder zählten, zehn Jahre später rund 2 1/2 Millionen. Das zeigt das gewaltige Vertrauen, das die deutschen Arbeiter in die freien Gewerkschaften gesetzt haben, gegen die nun andre Agitationsgebilde zurückstehen müssen.

Eine Auflösung der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften zugunsten der freien Gewerkschaften würde nicht nur angebracht, sondern auch den Gewerkschaftsmitgliedern sehr dienlich sein. Allerdings ist zurzeit an eine Auflösung der Gewerkschaften nicht zu denken. Die Gewerkschaften müssen begünstigt der Topflosigkeit und Aktionsunfähigkeit noch mehr Erfahrungen sammeln, ehe sie ihre Ueberflüssigkeit einsehen werden. Und das kann noch viele Jahre dauern.

Das Gesamtvermögen der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften betrug Ende 1912 rund 4 1/2 Millionen Mark, davon in den Hauptklassen 1 512 670 Mt., in den Volantklassen 316 182 Mt., in den Krankenkassen 1 278 905 Mt. und in den Begräbniskassen 1 392 330 Mt. Die einzelnen besonderen Unterklassen sind es auch, die die Gewerkschaften noch aufrechterhalten, sonst sähe es bei ihnen noch schlimmer aus, als das die obige Tabelle über die Mitgliederbewegung zum Ausdruck bringt.

Der Gewerkschaftsverein der Fabrik- und Handarbeiter, der in letzter Zeit wieder von sich reden machen möchte und in der Anwesenheit unseres Verbandes in seinem unter strengem Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinenden Blatte allerhand leistet, hat sich im vorliegenden Jahre in der alten Weise weiterentwickelt; nach rückwärts nämlich. Seine Mitgliederzahl ist von 18 218 auf 17 097, also um 221 gesunken. Was der Gewerkschaftsverein an Unterstützungen bezahlt, ist mit Ausnahme der Krankenunterstützung, die aber aus einer besonderen Klasse mit eigenen Beiträgen bezahlt wird, belanglos. So hat er ganze 17 110 Mark Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt oder noch nicht 1 Mt. pro Mitglied. Für Streik- und Maßregelungsunterstützung wurden 37 674 Mt. ausbezahlt. Mit diesen wenigen Zahlen dürfte zur Genüge darzulegen sein, daß ein Arbeiter, der in seiner Gewerkschaft eine starke und energische Vertretung seiner Interessen sieht, nicht zu den Hirsch-Dunderschen Kreisen gehen darf.

Auszug der Regierungsvertreter auf dem Verbandstage der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften

Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften hielten in der Woche nach Pfingsten im 18. Verbandstag in Dresden ab. Ueber Referate, Debatten und Beschlüsse auf dieser Tagung berichten wir hier deshalb nicht, weil die Hirsch-Dunderschen von ihrer Tagung nur durch das Bureau Herzog Berichte verbreiten, andre Presseberichte aber nicht zulassen. Diese Scheu vor der öffentlichen Kritik hat gewiß ihre guten Gründe. Ebenso gute Gründe haben wir jedoch, wenn wir es ablehnen, aus gewerkschaftsfeindlichen Quellen Informationen zu schöpfen. Wir beschränken uns deshalb darauf, einen Vorgang zu erwähnen, der nicht nur auf den Verbandstag „beifällige Ueberwachung“ auslöste, sondern auch darüber hinaus Interesse verdient.

Es ist bekannt, daß die Hirsch-Dunderschen sich immer recht in die Brust werfen, wenn irgendeine öffentliche Behörde oder andre Körperschaft ihre Verbandstage beschickt. Einladungen dazu ergeben in Menge. Wie schon früher hatten auch in diesem Jahre verschiedene Behörden und öffentliche Körperschaften die Einladung zur Tagung bezweifelt und Vertreter entsendet, so auch das Reichsamt des Innern und das Reichsversicherungsamt. Als Vertreter des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern schickte sich Geheimrat Siegart am Beginn der Verhandlungen her, den verammelten Hirsch-Dunderschen zu attestieren, daß sie als brave Leute bekannt seien, daß ihre Ansichten alle in vaterländischer Gesinnung wurzeln und auf dem festen Untergrunde unserer bestehenden Staats- und Wirtschaftsordnung ständen. Und der Vertreter des Reichsversicherungsamts, Senatspräsident Dr. Köhler, fügte noch hinzu, daß die Vertretung der Gewerkschaften vor dem Reichsversicherungsamt stets mit gehörig gekümmertem Mißtrauen erschienen sei, oder wie er das ausdrückte, stets takvoll und verständnisvoll war und sich in den Grenzen einer gerecht erwerbenden Kritik gehalten hat.

Diese Harmonie wurde plötzlich gestört. Der bekannte Gewerkschaftsführer Gleichauf referierte über: „Das Rechtsverhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer“. Er hielt sich mit seinen Vorschlägen in den Grenzen der von Fische entworfenen, im „Proletarier“ mehrfach kritisch besprochenen Lesfäße, forderte also nichts, was irgendwie die Regierung oder die Unternehmer bange machen könnte. In seiner Kritik des bestehenden Rechtsverhältnisses mußte Gleichauf auch einige Worte über die Rechtslosigkeit der Arbeiter sagen und der Regierung vorhalten, daß sie Unternehmer und Arbeiter rechtlich nicht mit gleichem Maße messe. Da aber hatte es geschnappt. Der Vertreter des Staatssekretärs des Innern, Geheimrat Siegart, der sich kaum von seiner Lobrede auf die Gewerkschaften erholt hatte, erhob sich und erklärte nach der „Vostischen Zeitung“:

Durch die meines Erachtens das zulässige Maß der Kritik weit überschreitenden Ausführungen des Referenten sehe ich mich genötigt, das Wort zu ergreifen. Ich kann nicht auf alle maßlosen Uebertreibungen bei den Angriffen und ungerathenen Korrekturen gegen die Regierung eingehen. Ich muß aber hervorheben, daß die Regierung die Vertretung der Gewerkschaften nicht zu der Verbesserung der Lage der Arbeiter, weil sie sich von den Großunternehmern beeinflussen lasse. Ich darf wohl die Erwartung aussprechen, daß der Vorliegende wenigstens diese auch in der Form zu weitgehenden Angriffe zügel wird. Andernfalls werde ich den Verhandlungen nicht weiter beiwohnen und auch meinem Chef nicht empfehlen können, eine Vertretung heranzuführen.

Und nun geschah das Unerhörte. Der Vorlesende Hartmann hatte den Mut, zu erklären, für ihn liege keine Veranlassung vor, irgendwelche Aeufßerung des Referenten zurückzuweisen. So schnappte es zum zweiten Male: die beiden Regierungsvertreter verlassen den Saal, und es gelang auch den berwegtesten Bemühungen des „freisinnigen“ Stabsordnen Goldschmidt nicht, sie zum Dableiben zu bewegen. Herr Goldschmidt bemühte sich jedoch, den Verbandstag zu bewegen, sein Verdauern über den Konflikt mit den Regierungsvertretern auszusprechen. Aber dieser lehnte es ab, eine solche Erklärung anzunehmen, da kein Anlaß vorliege, vor den Regierungsvertretern eine Verzeigung zu machen.

Diese Haltung der Delegierten, die wohlweislich abstrich von dem Lokalitätsbeis der Parlamentarier Goldschmidt, ist bewundernswert und erfreulich. Leider ist sie zurzeit so ziemlich das einzige Bemerkenswerte und Erfreuliche an der ganzen Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsvereinserei.

Die neutralen „Hirsche“.

In Nr. 8 des Hirsch-Dunderschen „Fabrik- und Handarbeiters“ wird über eine Verammlung berichtet, die der Ortsverein des Verbandes der Fabrik- und Handarbeiter im März d. J. in Oberhausen abhielt. Der Bericht interessiert uns deshalb, weil er zeigt, wie intensiv in den Kreisen der angeblich politisch völlig neutralen „Hirsche“ für den politischen Liberalismus agitiert wird. In der Verammlung hielt ein gewisser Cit aus Lechhausen einen Vortrag über „Arbeiterrecht und Bürgertum“. Ueber den Inhalt des Referats erfährt man nur, daß die Sozialdemokraten und die freien Gewerkschaften verdammt wurden und daß der Referent den erschienenen Gewerkschaftlern darlegte, daß sie sich „auch am politischen Leben beteiligen“ müßten, „und zwar dadurch, daß sie fortschrittliche Arbeitervereine gründen“. In seinem Schlußwort verhielt sich der Referent noch, daß der Liberalismus sich „in letzter Zeit sehr gehauptet habe“, und daß er sich in Zukunft noch mehr mauein würde, „wenn er weiß, daß Gewerkschaftsmitglieder hinter ihm stehen“. Für diese Stimmung

auf die politische Mauein der Fortschrittler hatte der neutrale Gewerkschaftsvereinsklänge sogar einen Grund. Er verstand die der aufstrebenden Verammlung, daß in Lechhausen — man bedenke in Lechhausen! — die liberale Partei einen Gewerkschaftskollegen als Armenpflugschaffers-Waiserrat — wohlverstanden als Armenpflugschaffers-Waiserrat! — aufgestellt hat. Das ist gewiß ein vollkommener Beweis für die Arbeiterfreundlichkeit des Liberalismus. Man bedenke nur den Eindruck, wenn schließlich ein braver „Hirsch“ als richtiggehender Armenpflugschaffers-Waiserrat mit seiner Frau, der Armenpflugschaffers-Waiserrätin, in Lechhausen Kartoffeln pflanzt! Wie werden die wachsen! Es ist deshalb eine einfache Dankeschuld, wenn Herr Cit aus Lechhausen — der hoch nicht etwa selbst der mittelbare Beweis für die liberale Arbeiterfreundlichkeit ist? — zum Schluß seiner Rede darüber Ausdruck gab, daß „auch hier in Lechhausen ein politisches Gefühl sich bemerkbar mache und es im Laufe der Zeit ermöglicht, einen fortschrittlichen Arbeiterverein zu gründen“. Wir können den Hirsch-Dunderschen Neutralitätspolitikern nachfühlen, daß ihr „politisches Gefühl“ sie in die Arme der Fortschrittlichen treibt. Wenn sich ihr politisches Gefühl erst einmal in politische Einsicht verwandelt hat, werden sie solche Dummdheiten nicht mehr machen.

Wohin die sozialdemokratischen Hochzeiten führen.

Unter dieser vielfachgenannten Ueberfäße berichtet kürzlich die „Gewerkschaftsstimme“ über eine Gerichtsverhandlung, in der ein frommer Christ und eifrig tätiges Mitglied des Wuppertaler Verbandes — zu 10 Mt. Geldstrafe verurteilt wurde, weil es einem Mitarbeiter in der Brauerei Silbernagel in Velheim mit Steinkugeln den Kopf blutig geschlagen hatte. Nach Christenmännern lief dieser Held dann noch zur Polizei und zum Bürgermeister und machte Anzeige, daß er angegriffen worden sei und in Notwehr gehandelt habe. Der Staatsanwalt untersuchte diese Angaben und stellte das Verfahren ein, weil das Gegenteil von dem richtig ist, was dieser christliche Wahrheitsapostel behauptete. Dagegen wurde das Verfahren gegen den christlichen Vertrauensmann eröffnet und derselbe vor dem Schöffengericht Gernersheim zu 10 Mt. Geldstrafe und zu 10 Mt. Buße verurteilt. Die christliche Wuppertaler Wacht nun nicht etwa dem schlagfertigen „Christen“ den Kopf — seiner unchristlichen Handlungsweise, sie schimpft vielmehr wie ein Mohrpack auf die bösen „roten Kesseln“, die für solche Beweise christlicher Liebe und Kollegialität kein Verständnis haben. Ein solches Gebahren wird unbegreiflich finden, wer nicht weiß, daß es nur echt christlich — im Sinne des Wuppertaler-Gladbacher Gewerkschaftsphilosophens! — ist.

Eine christliche Streiktheorie.

Bei dem Kampf der Fische in Preßburg sind die Christlichen, die erst am Streik beteiligt waren, dann aber ihre Arbeitsbrüder schmählich verrietzen, eifrig bemüht, den Sieg der Unternehmer herbeizuführen. Der christliche Textilarbeiterverband bezahlte aus der Verbandskasse die Reisekosten für diejenigen außerhalb Preßburg wohnenden Mitglieder, welche gewillt sind, Streikbrecher zu spielen. Der angehende Streikbrecher bekommt eine Karte mit genauer Anweisung der Arbeitsstelle und des zu benutzenden Zuges. Dabei wird den Deuten eingeredet, daß ihr Handeln Streikbruch nicht darstelle. Das christliche Hauptvorstandsmittglied Fische machte in einer Verammlung hierüber folgende Ausführungen:

„Ueber die Solidarität haben sich in unsern Reihen ganz verkehrte Ansichten verbreitet. Es muß einmal mit aller Deutlichkeit gesagt werden, selbst auf die Gefahr hin, auf Widerspruch zu stoßen: Die Ausübung der Solidarität darf die Grenzen der Organisation nicht übersteigen.“ Streikbrecher ist nur der, der bei einem Kampfe seiner eigenen Organisation Arbeitswilligendienste verrichtet, also seinen eigenen Organisationskollegen in den Rücken fällt.“

Der christliche Arbeiterführer scheidet also Organisationskollegen von Arbeitskollegen. Es kann der Arbeitskollege dem Arbeitskollegen ungestraft in den Rücken fallen, wenn der andre einer andern Organisation angehört. Ein solches Handeln ehrt nach der christlichen Ansicht den christlichen Arbeiter. Eine nette Streikbrechermoral.

Christliche Saalbetreiber.

Das schmutzige Handwerk, Segnern die Säle abzutreiben, wird bekanntlich von den Schwarzen weidlich ausgeübt. Hier wieder ein drastisches Beispiel.

Unter vielen Mühen war es dem Deutschen Bergarbeiterverband gelungen, in Marpingen (Saarrevier) ein Verammlungslokal zu erhalten. Für die Ueberlassung des Lokales waren 10 Mt. hinterlegt worden, während der Wirt sich verpflichtete, 20 Mt. zu zahlen, wenn er das Lokal wieder zurückgeben würde. Auf Grund solcher Garantien sollte die Verammlung stattfinden. Aber noch am 26. April abends ging dem Einberufer ein Brief einlage der hinterlegten 10 Mt. folgendes originelle wie interessanter Schreiben zu:

Marpingen den 26. April 1913.

Herr Scharjo.

Die Verammlung für morgen, wo mehr am Sonntag verabredet haben, darf ich nicht dulden den wie ich erfahren habe, soll das eine Sozialdemokratische sein da könnte ich Schwere gestraft werden. Also wer es die christliche gewerkschaft ist wie ich dachte, wird sie gehalten aber keine Sozialdemokratische, den ich will nicht verflucht, werden von dem Pastor.

Unterschrift.

Wir haben das Schreiben wirklich wiedergegeben. Aus ihm geht hervor, daß der Herr Pastor seine Finger bei der Saalbetreibung im Spiele hat. Nach vergessenen Verfluchen, den Wirt zur Einhaltung seines abgegebenen Versprechens anzuhaken, machte sich schließlich auf dessen Rat der Einberufer auf den Weg zum Pastor. Dieser aber wollte die Hirsche und meinte, wenn der Wirt das Lokal hergeben sollte, könne er dies ja tun, er müsse dann aber auch die Konsequenzen tragen! Was mit diesen Konsequenzen gemeint ist, braucht hier nicht näher dargelegt zu werden, das weiß jeder, der in solchen Fragen mit der latholischen Geistlichkeit zu tun gehabt hat.

Internationales.

Die Berliner Gewerkschaftskommission in England.

Auf Einladung des Londoner Gewerkschaftsartells war der gesamte Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission in mehrere Tage in London, und auf dem Rückwege auch in Brüssel. Der Zweck der Reise war, eine engere Fühlungnahme, ein besseres Verständnis unter den Arbeitern dieser großen Städte herbeizuführen. Zugleich auch diente die Reise Studienzwecken.

Fortschritte des Arbeiterschutzes in Amerika.

Im Staate Oregon, im nordwestlichen Teile der Vereinigten Staaten, fand kürzlich eine Wollschafstimmung über eine große Anzahl von Fragen statt, von denen einige auch anderwärts besonderes Interesse erregen dürften. Ein Gesetz, das die Maximalarbeitszeit für alle direkt oder indirekt auf öffentliche Kosten verrichtete Arbeit auf 8 Stunden pro Tag festsetzt, wurde mit 64 508 gegen 48 078 Stimmen angenommen. Ein Gesetz, wonach Boykott, Streikpostenstreiken und Beeinflussung Arbeitswilliger verboten werden sollten, fiel mit 49 326 gegen 60 560 Stimmen. Ebenso fiel, mit 48 978 gegen 62 532 Stimmen, ein Entwurf, der die Redezeit im Freien in allen Orten von mehr als 5000 Einwohnern von der christlichen Erlaubnis der Bürgermeister abhängig machen sollte. Alle drei Gesetzesentwürfe waren durch das Zentralbüroverfahren zur Volksabstimmung gebracht worden.

Im Staate Texas trat ein Gesetz in Kraft, das den Arbeitstagen für alle Staats- und Gemeindeangestellten wie auch für alle direkt oder indirekt für Staat oder Gemeinde ausgeübte Arbeiten festsetzt. Der Bürgermeister der Stadt Boston beschäftigt, den Minimumall-Lohn aller städtischen Arbeiter mit Beginn des neuen Jahres auf 15 Dollar pro Woche zu erhöhen, da kein Arbeiter bei geringem Lohne sich anständig ernähren könne.

Ein Streik der Gasarbeiter in Australien.

Sie mehr als einem Jahre kämpften die Gasarbeiter in Sydney, Neu-Süd-Wales, um eine Erhöhung von 8 auf 9 Mt pro Tag, die infolge der stetig steigenden Heiz- und Lebensmittelpreise absolut notwendig geworden war. Der Richter des Lohnamtes aber lehnte alle ihre Anträge ab, so daß sie völlig wehrlos waren. Schließlich bot ihnen die Arbeiter-

Chemische Industrie

Betriebsärzte und Arbeiterschutz.

Die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie hat seit Jahren Konferenzen der bei ihr angestellten technischen Aufsichtsbeamten eingeführt, auf denen diese ihre Erfahrungen, die sie bei der Ausübung des Ueberwachungsdienstes gesammelt haben, austauschen. Diese Konferenzen sind zweifelsohne von praktischem Wert für die Arbeiter auf dem Gebiete der Unfallverhütung. In ähnlicher Weise haben nun, wie „Die chemische Industrie“ schreibt, auch Konferenzen der Betriebsärzte der größeren Betriebe der chemischen Industrie auf Anregung obiger Berufsgenossenschaft stattgefunden. Der Zweck der Besprechungen war, bedeutende Fragen auf dem Gebiete der Fabrikhygiene zu erörtern. Die Berufsgenossenschaft will an Hand der Erfahrungen dieser Spezialfachverständigen im Interesse des weiteren Ausbaues des Arbeiterschutzes sich nutzbar machen, besonders für den Fall, daß die Entschädigung für gewerbliche Erkrankungen durchgeführt wird.

Dieser Frage, so betont der Bericht, habe die Berufsgenossenschaft schon längst ein wohlwollendes Interesse entgegengebracht. Sie hätte „schon längst eine Lösung im Interesse der Geschädigten gefunden, wenn ihr nicht sehr große Schwierigkeiten auf medizinischem — nicht etwa auf finanziellem — Gebiet entgegenstehen würden“. Die hier geschilderte Uneigennützigkeit der Berufsgenossenschaft steht mit der Praxis im schärfsten Widerspruch. Wenn die Schwierigkeiten nicht auf finanziellem Gebiet liegen sollen, so verstehen wir nicht, warum schon die an gewerblicher Vergiftung plöblich Erkrankten in der Regel einen langwierigen Kampf um die Unfallrente führen müssen. Warum laufen gerade die Gutachten von Betriebsärzten darauf hinaus, die Ursachen der Schädigung nicht in der Giftwirkung, sondern in einer schon angeblich lange vorher existierenden Krankheit zu suchen? Und warum finden oft gerade unabhängige Forscher, daß eine Giftwirkung die Ursache der Schädigung ist?

Zugegeben, daß sich die Ärzte bei der Diagnose gewerblicher Vergiftungen irren würden, wäre es dann ein Unglück, wenn die Berufsgenossenschaft, die ja selbst erklärt, daß die Schwierigkeiten nicht auf finanziellem Gebiete liegen, wirklich ein paar tausend Mark Rente zu Unrecht zahlen würde? Die Berufsgenossenschaft sollte sich in diesen Fällen den Grundsatz zu eigen machen: „Sieber einem an seiner Gesundheit geschädigten Arbeiter eine Rente zu Unrecht gewähren, als sie ihm zu Unrecht entziehen!“ Handelt sie erst einmal nach diesem Grundsatz, dann werden auch wir glauben, daß die Schwierigkeiten nicht mehr auf finanziellem Gebiete liegen.

Zur Beseitigung der angeblich auf medizinischem Gebiete liegenden Schwierigkeiten fand kürzlich in den Höchster Farbwerken eine Konferenz der Fabrikärzte statt, an der sich auch Vertreter des Reichsgesundheitsamtes und des Reichsamtes des Innern beteiligten. Als erste Aufgabe für die Entschädigung der Berufskrankheiten wurde die Aufstellung einer Liste derjenigen Krankheiten, die durch spezifische Arbeitsstätigkeit hervorgerufen werden, als notwendig erachtet. In dieser Liste wären die Krankheits Symptome so genau zu charakterisieren, daß jeder nicht spezialärztlich vorgebildete Sachverständige eine einwandfreie Diagnose stellen könnte. Am besten könnte dieses durch Merkblätter, die von erfahrenen Praktikern verfaßt würden, geschehen. Die Abfassung solcher Merkblätter sei jedoch besonders schwierig, weil sichere diagnostische Merkmale, aus denen das Vorhandensein von gewerblichen Erkrankungen mit größter Wahrscheinlichkeit geschlossen werden könnte, für die meisten Berufskrankheiten und gewerblichen Vergiftungen noch unbekannt sind. Für Vergiftungen durch Arsen, Arsenwasserstoff, Benzol und Benzolderivate, Chrom, Phosgen, Brommethyl und Quecksilber sind Entwürfe von Merkblättern aufgestellt. Sie wurden in dieser Konferenz eingehend besprochen. Ueber ihre definitive Fassung konnten sich die Sachverständigen wegen der aus einer Reihe von Meinungsverschiedenheiten sich ergebenden Differenzen nicht einig.

Da diese Sachverständigen, bis die sich einig werden, können Hunderte von gewerblich vergifteten Arbeitern langsam verhungern. Keiner der Sachverständigen möchte — weil er vom Betrieb abhängig ist — zugeben, daß gewerbliche Vergiftungen und Berufskrankheiten sich in größerem Maße gerade in der chemischen Industrie ereignen. Ganz ablenken läßt sich nach dem Bestehen der

Giffliste und den gemachten Erfahrungen das Vorkommen gewerblicher Erkrankungen und Vergiftungen nicht, aber wie schön wäre es doch, wenn beim Nichtvorhandensein gewisser Symptome gesagt werden könnte, es liegt absolut keine gewerbliche Erkrankung resp. Vergiftung vor. Wie leicht könnte dann durch die Statistik à la Curshmann bewiesen werden, daß die chemischen Betriebe unter Umständen von erholungsbedürftigen Personen als Heilanstalten betrachtet werden könnten! Wie geschieht es doch die englischen Mediziner sein, die bereits seit Jahren eine Liste gewerblicher Erkrankungen aufgestellt haben, für die Unfallentschädigungen gezahlt werden. Doch der Hase liegt anderswo im Pfeffer. Die Schwierigkeiten liegen in Wirklichkeit gar nicht so sehr auf medizinischem Gebiete. Die Unternehmer der chemischen Industrie, die nicht haben wollen, daß für die chemische Industrie „Ausnahmebestimmungen“ geschaffen werden, sind am Werke, um mit Hilfe ihrer Betriebsärzte, die nach der kapitalistischen Pfeife tanzen müssen, unter dem Anschein der Sachverständigen der Öffentlichkeit und den Regierungsvertretern plausibel zu machen, daß die Diagnose der Gewerkrankheiten besonders schwierig und deshalb die Entschädigung der Gewerkrankheiten undurchführbar sei.

Ein weiterer Verhandlungspunkt der Konferenz war die Frage der Arbeitszeit und die Beeinflussung der Gesundheitsverhältnisse durch dieselbe. Die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz hat angeregt, der Frage näherzutreten, ob auch in der chemischen Industrie die achtstündige Arbeitszeit zweckdienlich sei. Diese Anregung war mit einer der Hauptgründe, die einen Art — wahrscheinlich Dr. Curshmann — veranlaßten, zu verschiedenen Tageszeiten mit Hilfe von Apparaten den Kräftezustand der Betriebsarbeiter zu messen. Ueber die Resultate heißt es: „Der Arbeiter zeigt vor der Mittagspause eine gewisse Ermüdung. Nach der Pause sind die Erscheinungen etwas gesunken; er hat sich aber nicht so weit erholt, wie am Morgen bei Beginn der Arbeit, vielmehr ist ein Manko an Kräften vorhanden.“ (Das ist eine Binsenwahrheit. D. B.) In der Nachmittagsarbeit soll der Körper nicht so sehr der Ermüdung ausgesetzt sein als vor der Mittagspause. Ein Arbeiter, der 8 Stunden arbeitet, hat davon keinen besonderen gesundheitlichen Vorteil, weil die Arbeitsleistung sich intensiver gestaltet. (?) Besser sei es auch, wenn die Arbeit häufig von Pausen unterbrochen wird. Zweifelhaft sei es, ob die kürzere Arbeitszeit, die eine Steigerung der Arbeitsleistungen mit sich bringe, für die Gesundheit der Arbeiter zuträglich sei, als die längere Arbeitszeit bei weniger intensiver Leistung.

Solche Feststellungen, vorgenommen an — Kraftmessern und sonstigen Instrumenten, sind abgeschmackter Humbug. Schade um die Zeit und das Geld, das solche Experimente kosten, die doch nur gemacht werden, um die Beibehaltung der jetzigen gesundheitsschädlichen Arbeitszeit zu begründen. Der Satz: Je kürzer die Arbeitszeit, desto geringer die Ermüdung und desto weniger die Unfälle, hat nach wie vor seine Berechtigung. Ebenso trifft die Behauptung, daß bei kürzerer Arbeitszeit der Körper weniger Giftstoffe aufnimmt, die aufgenommenen Gifte besser und gründlicher ausscheidet, der Körper also widerstandsfähiger bleibt, zu. Schließlich sprechen für Einführung kürzerer Arbeitszeit auch noch moralische, volkswirtschaftliche und kulturelle Momente mit, die nicht mit Kraftmessern und ähnlichem Zeug abgeschätzt werden können.

Ein weiterer Punkt der Tagesordnung beschäftigte sich mit der Herausgabe eines Merkblattes zur Belehrung der Arbeiter über die Notwendigkeit der in verschiedenen Betrieben periodisch vorzunehmenden ärztlichen Untersuchungen. Angeblich entziehen sich viele Arbeiter aus Unkenntnis den Untersuchungen, weil sie von der Existenz der Gewerkrankheiten keine Ahnung haben. Organisierte Arbeiter trifft dieser Vorwurf nicht, denn diese erfahren durch ihre Verbandsorgan, den „Proletarier“, über das Thema genügend. D. B.) Für die Betriebe, in denen Nitro- und Amidverbindungen hergestellt und verarbeitet werden, sind spezielle Merkblätter ausgearbeitet worden, die angeblich von den Arbeitern nicht genügend gewürdigt und befolgt werden. Die besten Erfolge würde die mündliche Belehrung haben.

Die von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage eingebrachten und zur Annahme gebrachten Anträge zeigen schon ihre Wirkung! Ohne diese Anträge wäre es den Unternehmern der chemischen Großindustrie nicht eingefallen, Konferenzen der Be-

triebsärzte mit dazugehörigen Thematika abzuhalten. Die Entschädigungspflicht für gewerbliche Vergiftungen ist, wo dem Marische, sie kann nicht mehr hintertrieben werden, einerlei, wo die Schwierigkeiten liegen. Auch für die Einführung kürzerer Arbeitszeit in Giftbetrieben auf gesetzlichem Wege sowie zur Belehrung der Arbeiter über die Gefahren der Arbeit, ist der erste Schritt durch die Annahme der Resolution, die eine Bundesratsverordnung fordert, getan. Wenn die Arbeiter der chemischen Industrie auch in Zukunft bei den Reichstagswahlen ihre Pflicht tun, wird der Erfolg nicht ausbleiben. D.

× Selbstbewußte Arbeiter oder nicht?

Wie ein „gutes Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen vorzuliegen wird, um dann von der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Presse verherrlicht zu werden, zeigt nachstehender drastischer Fall in der chemischen Fabrik von Zeiler in Meer. In übermäßigster Zeit will die Tochter des Kommerzienrats in den Ehestand eintreten. Aus diesem Anlaß werden die dort beschäftigten 33-Pf.-Arbeiter erlucht, auch ihr Scherstein dazu beizutragen, um der Kommerzienrattochter ein ausreichendes Hochzeitsgeschenk überreichen zu können. Dadurch soll die Ergebenheit und Treue der 33-Pf.-Arbeiter ihrem Chef und seiner Familie gegenüber vor der Öffentlichkeit dokumentiert werden. Die Fabrikleitung muß Kenntnis von den Sammelstellen haben, denn es war sogar im Portierhaus eine Belanntmachung mit der Bemerkung angeschlagen, daß die geringste Gabe, und wenn es 5 Pf. wären, mit Dank angenommen werde. Daß eine große Anzahl in diesen finanziell schlecht gestellten Arbeitern über dies Ansuchen schimpft, ist voll und ganz begründet, besonders wenn man in Erwägung zieht, daß bei dem beschrifteten Geschäftsergebnis des verflochtenen Geschäftsjahres nach reichlichen Abschreibungen und Rückstellungen den Aktionären dieses Unternehmens wieder ein großer Goldregen in Gestalt von 12 Prozent Dividende in Aussicht steht. Für eine Erhöhung der Löhne der dort bei ungesunder Tätigkeit und außerordentlich niedrigen Löhnen beschäftigten Arbeiter, die den Aktionären den Mehrwert erarbeiten, ist man natürlich nicht zu haben, dann würden ja für die armen Aktionäre keine 12 Prozent mehr herauspringen.

Ceramische Industrie

Aus der Zementindustrie.

Gute Ernte der Zementkapitalisten. — „Bedeutliche Lohnsteigerungen“. — Momente der Konjunktur. — Produktionsmöglichkeiten und Konsum. — Der deutsche Wettbewerb. — Kurssteigerungen.

Aus der Wolke quillt der Segen — hier das Kapital! Das zeigt sich nun recht sinnfällig in der Zementindustrie. In sehr reichem Maße ergießt sich über die Unternehmer der Gewinnseggen. Die meisten Gesellschaften haben ihre letzten Abschlüsse bekanntgegeben. Was wir hier früher schon beweisstellten, daß das letzte Jahr den Unternehmern erheblich gesteigerte Gewinne gebracht, das bestätigen vollumfänglich die vorliegenden Abschlüsse. Es steigerten z. B. im Vergleich mit dem Vorjahre ihre Betriebsergebnisse: die Portland-Zementwerke Marl von 424 838 Mk. auf 524 816 Mk., Gewerkschaft Wetterau von 417 743 Mk. auf 445 680 Mk., Vengischer Portland-Zement- und Kalkwerke von 296 231 Mk. auf 537 536 Mk., Portland-Zementwerke Roland von 85 368 Mk. auf 198 880 Mk., Neubudener Portland-Zementwerke „Sollern“ von 133 707 Mk. auf 145 669 Mk., Vereinigte Bremer Portland-Zementwerke von 222 709 Mk. auf 296 800 Mk., Breitenburger Portland-Zementfabrik von 261 421 Mk. auf 416 432 Mk., Portland-Zementwerke „Anna“ von 181 900 Mk. auf 229 289 Mk., Gewerkschaft „Elsa“ von 172 504 Mk. auf 238 135 Mk., Portland-Zementfabrik Stadt Oepeln von 893 549 Mk. auf 1 317 916 Mk., A.-G. für Rheinisch-Westf. Zementindustrie von 196 211 Mk. auf 244 337 Mk. Wir geben diese Ziffern nach den Geschäftsberichten, um zu zeigen, daß so ziemlich alle Unternehmen, große und kleine, von dem wirtschaftlichen Aufschwung profitiert haben.

Die guten Verhältnisse halten auch für das laufende Jahr an. Die Werke haben sich bereits für längere Zeit Aufträge gesichert. Dazu sind die Preise erhöht worden. Das in seinem Bestande über das Jahr 1913 hinaus immer noch nicht ganz gesicherte Rh.-Westf. Zementyndikat erhöhte die Preise um 10 Mark für den Doppelwaggon. Bei den Ausblicken auf die Zukunft kommt in den Berichten im allgemeinen eine günstige Auffassung zur Geltung. Hemmung bereitet nur noch die Frage: wird das Syndikat erneuert, bleiben wir von einem europäischen Kriege verschont und wird der Friede im Baugewerbe erhalten? Heute kann die Frage mit einiger Sicherheit in vollem Umfange bejaht werden. Die Kon-

Unverbrennbares Zelluloid.

Das Zelluloid, das in großen Massen als Ersatzstoff für Horn gebraucht wird, sich aber besser als solches verarbeiten läßt, wurde vor circa fünfzig Jahren von John Spall, einem Amerikaner, erfunden. Es hat seinen Siegeszug durch die ganze Welt angetreten. In Deutschland werden ganz erhebliche Mengen produziert und verbraucht. Die Einfuhr von Zelluloid, Zelluloidwaren und ähnlichen Ersatzstoffen hat einen Wert von 12 Millionen Mark, ihr steht eine Ausfuhr im Werte von 24 Millionen Mark gegenüber. Der Wert der Weltproduktion beläuft sich auf annähernd 100 Millionen Mark.

Der Grundstoff des Zelluloids ist die Zellulose. Diese findet sich in Baumwoll-, Klee-, Hanf- und Pflanzensamen. Sie bildet also den Hauptbestandteil aller pflanzlichen Zellen und hat, unter dem Mikroskop betrachtet, die Form feiner Röhren. Die großartig entwickelte Technik und Chemie haben bewirkt, daß das Ausgangsmaterial heute recht billig gewonnen werden kann. Die Zellulose, die in früheren Zeiten bei der Papierfabrikation gebraucht wurde, gewann man zuerst aus lehnigen Lumpen, später aus baumwollenen Stoffen und in letzter Zeit vorwiegend aus Tannenholz.

Um Zellulose billig herzustellen, werden zehn bis fünfzehn Zentimeter starke Tannenstäme in circa ein Meter lange Stücke geschnitten, geschält und von größeren Ästen befreit. Dann werden sie auf einer Sägemaschine in drei bis vier Zentimeter lange Stücken quer durchgehend, gesägt und nach den Zelluloselöchern geschält. Diese stellen zehn und mehr Meter lange und ungefähr vier Meter im Durchmesser habende eiserne Kessel dar, die mit dem geschälten Tannenholz gefüllt werden. Nach der Füllung wird Sulfalauge, die eine Verbindung von schwefeliger Säure mit Kalium oder Ammoniumsalzen ist, in Wasser gelöst dazugegeben und mit Dampf etwa zwei bis sechs Stunden lang gelocht, wodurch sich die harzigen Bestandteile auflösen. Nachdem die Lauge abgelassen ist, wird die Zellulose gewaschen herausgeschwemmt, in Kaländern weitergewaschen und getrocknet, gebleicht, auf der Papiermaschine zu Papierbahnen ausgewalzt und aufgerollt. Das Produkt stellt nunmehr das Ausgangsmaterial für Papier, Schießbaumwolle, Zelluloid und Kunstseide dar.

Zur Herstellung der letzten drei Produkte muß die Zellulose nitrirt, d. h. mit Salpetersäure behandelt werden. Bei starker Nitrirung wird die Zellulose in die leicht verbrennliche Schießbaumwolle umgewandelt.

Zur Herstellung von Zelluloid wird die Zellulose weniger stark nitrirt. Man bringt entweder Baumwolle oder Seidenpapier — beides ist Zellulose — in ein Gemisch von Salpeter und Schwefelsäure. Nach dem Nitriren wird das Papier oder die Baumwolle gewaschen, gemahlen und getrocknet. Die trockene und gemahlene Nitrozellulose wird nun mit Methylalkohol und Kampfer, der zur leichteren Lösung und zur Verhinderung der Entzündlichkeit dient, in Knetmaschinen gebracht, worin sich die Nitrozellulose auflöst. Die so erhaltene Masse ist Zelluloid. Sie wird getrocknet, zu Blöcken gepreßt, auch in Kugeln- oder Stabform gebracht, geschliffen und mechanisch weiterverarbeitet. Die Weiterverarbeitung erfolgt meist auf warmem Wege. Das Zelluloid kann durch leichte Erwärmung in alle möglichen Formen gebracht werden. Es läßt sich aber auch durch Licht härten. Wird dieses transparente Zelluloid mit einer lichtempfindlichen Gelatine beschichtet, so ergibt es die zu photographischen Aufnahmen dienenden Glasplatten. Ungeheure Mengen transparenten Zelluloids werden heute zu kinematographischen Filmen verwandt.

Der größte Nachteil des Zelluloids ist seine leichte Entzündlichkeit, die um so größer ist, je leichter das Material ist. Bei einer Erwärmung bis 100 Grad Celsius tritt eine Verpuffung des leichtesten Materials ein, während gutes Material erst bei 150 Grad Wärme verpufft. Sehr leicht entzündlich sind die sehr dünnen Filme. Schon eine kurze Zeitabstrahlung derselben durch die Projektionslampe genügt, um sie zur Entzündung zu bringen. Im Jahre 1897 ereignete sich auf diese Art ein großes Brandunglück auf einem Pariser Wohltätigkeitsbasar, bei dem viele Menschen den Tod fanden. Aber auch in den Zelluloidfabriken ist diese schlimme Eigenschaft des Zelluloids verhängnisvoll für die Arbeiter gewesen. Von dem im Laufe der letzten Jahre bekannt gewordenen Zelluloidbranden seien nur die von Wien und Gelsenkirchen im genannten. Es kamen dabei vierzig meist junge Menschen ums Leben.

Diese nachteiligen Eigenschaften der Nitrozellulose geben Anlaß zu weiteren Forschungen nach schwerer oder gar unverbrennlichen Ersatzstoffen.

An der Lösung des Problems arbeiteten besonders die Chemiker Eichengrün, Becker und Guntram.

Die Lösung der Zellulose kann auch durch Natronlauge und Kupferoxydammonial erfolgen. Man erhält dabei ebenfalls plastische Massen, die sich gut verarbeiten lassen, aber weniger widerstandsfähig gegen Wasser sind. Die letztere Eigenschaft heftet der Azetylzellulose, einem Produkt, das durch Auflösung der Zellulose in Essigsäure gewonnen wird, nicht an. Die zuerst gefundenen Methylzellulosen eignen sich, da sie plastische Massen nicht bilden, zunächst nicht als Ersatz für Nitrozellulose. Nach jahrelangen Bemühungen wurde auch diese Schwierigkeit überwunden und die ersten schwer verbrennlichen Filme hergestellt. Stärkere Linsen und Platten konnten später auch hergestellt werden, doch erwies sich dieses Material infolge des hohen Preises der Essigsäure gegenüber dem Zelluloid aus Nitrozellulose noch viel zu teuer. Seine Verwendung blieb vorwiegend auf die Fabrikation von Lack und kinematographischen Filmen beschränkt.

Eine andere Art Zelluloides ist die Formylzellulose, die durch Auflösen von reiner Zellulose in Ameisensäure, die einen geringen Zusatz von Schwefelsäure hat, gewonnen wird. Nach andern Verfahren werden Kupfersederabfälle durch Ameisensäure direkt in Formylzellulose übergeführt. Diese Formylzellulosen sind weiße Pulver, die sich unter Erwärmung in Milchsaure lösen. Nach Abdestillierung der Ameisensäure bleibt ein zäher, glasartiger Sirup, der nach dem Erkalten zu einer plastischen Lösung erstarrt. Nach Zusatz von Kampfer oder Kampferersatzstoffen läßt sich diese Lösung in üblicher Weise zu allen möglichen Gegenständen verarbeiten.

Die baldige Einführung dieser schwer verbrennlichen Zelluloidmassen in die industrielle Verarbeitung wäre nur zu begrüßen, doch wird sie von der Preisgestaltung im wesentlichen abhängen. Der Verbilligung solcher Rohprodukte stehen aber nicht nur die etwas höheren Rohstoffpreise, sondern auch ein allenthalber Patentstreit hindernd im Wege. Leider geben heute noch die Interessen der Aktionäre über die Interessen der Allgemeinheit. Gelänge es, ein schwer verbrennliches Rohmaterial an Stelle des gefährlichen Zelluloids einzuführen, so würde manches Unglück vermieden werden können.

stifte auf dem Balken und im Gange der Arbeit sind so gut wie beigelegt, und das Syndikat wird nicht aufsteigen lassen. So hängt denn der Konjunkturhimmel für die Zementkapitalisten voller Geigen, für das laufende Jahr stehen mindestens wieder Ausschüttungen in der Höhe der letzten, wahrscheinlich aber noch höhere in Aussicht.

Man sollte meinen, unter solchen Umständen würde man auch den Arbeitern eine Kleinigkeit gönnen. In den Zementwerken sind die Löhne sicher nicht ausschweifend hoch, dagegen wird hier die Arbeitskraft in auschweifendem Maße in Anspruch genommen. In einer Reihe der Betriebe findet man ein Bedauern darüber, daß die erzielten höheren Preise durch Verteuerung des Rohmaterials und auch durch gestiegene Löhne aufgezehrt worden seien. Die Behauptung entspricht einmal nicht der Wahrheit, was die erheblich gestiegenen Gewinnzunahmen beweisen und sie verraten bestimmt kein Wohlwollen für die Arbeiter, das die Zementindustrie sonst so gern herausstreichen. In Wirklichkeit betrachtet man die Arbeiter vielfach genau so wie Kohlen, Kalk usw. als sachliche Produktionsmittel. Unzweifelhaft hört man das aus einer Bemerkung des Generaldirektors ten Hoppel von den Widungschen Portland-Zementwerken in Recklinghausen in der Generalversammlung der Aktionäre. Er sagte — nach dem Bericht der „Rheinw.-Wesf. Ztg.“ — „nicht außer acht zu lassen sei die bedauerliche Tatsache, daß die Arbeiterlöhne weiter ihre steigende Richtung beibehielten und die Rohstoffpreise erhöht worden seien, wodurch die Selbstkosten naturgemäß sich auch erhöhten.“ Die „bedauerliche Tatsache“ beweist wohl besser als eine Anzahl von Auseinandersetzungen, daß die Arbeiter, die auf Wohlwollen sich verlassen, es unterlassen, durch den Eintritt in ihre Organisation deren Position den Unternehmern gegenüber zu stärken, deren sie selbstverantwortlich für die schlechte, ihnen zuteil werdende Behandlung.

Bei der Würdigung der Verhältnisse in der Zementindustrie müssen noch verschiedene Umstände in Betracht gezogen werden. Einmal die Ueberproduktion an Produktionsmitteln, dann einige besondere Ereignisse. Im vergangenen Jahre war die Konjunktur bekanntlich noch sehr schwach. Sämtliche Hochspannung im Wirtschaftsleben noch länger an, ohne daß die Beschäftigung am Geldmarkt zunimmt, so ist im laufenden Jahre mit einer lebhafteren Tätigkeit und somit auch einem lebhafteren Begehren nach Zement zu rechnen. Weiter hat im vergangenen Jahre der Bergarbeiterstreik für die Zementwerke nicht nur eine Verteuerung des wichtigen Rohmaterials Kohle, sondern auch einen Produktionsausfall gebracht. Da der Streik der Grubenleute in Schlesien nicht die Bedeutung des Ausfalls in Rheinland-Westfalen erlangen kann, wenn auch die Zementwerke in Oberschlesien zurzeit wegen Kohlenmangels die Erzeugung einschränken müssen, so fehlen zwei gewichtige Faktoren, die für das verfloßene Jahr die finanziellen Ergebnisse der Werke stark begrenzen. Hinzu kommen bedeutende Materialanforderungen für neue Festungs-, Kasernen- und Kanalbauten. Zum Teil ergeben sich solche Arbeiten aus der neuen Wehrvorlage. So mehren sich die günstigen und begünstigenden Momente.

Die Gewinne der Zementindustrie würden bei den üblichen Preisen und niedrigen Löhnen noch viel größer sein, wenn die Anlagen vollständig ausgenutzt werden könnten. Das war aber selbst bei der durchschnittlich guten Beschäftigung im vergangenen Jahre bei weitem nicht möglich. Das beweist der Geschäftsbericht des Rheinw.-Wesf. Zementwerks für 1912. Demnach erzielten die dem Syndikat angehörenden 34 Gesellschaften mit 36 Fabriken einen Bestand von 5 199 365 Tsp a 170 Kilogramm, gegen 5 009 322 Tsp im Jahre vorher. Die letztjährige Versandmenge macht aber nur 58,95 Prozent der Beteiligung aus. Bringt eine Zunahme des Verbrauches eine bessere Ausnutzung der Anlage, so ermäßigen sich ganz zweifellos die Generalkosten ganz erheblich. Was diese Frage für einzelne Unternehmen bedeutet, wie schon bei einer geringen Steigerung des Absatzes, resp. besserer Ausnutzung der Anlagen, zeigen die Selbstkosten sinken, die Gewinne steigen, das ergibt man mit wünschenswerter Deutlichkeit aus dem Bericht der Rheinw.-Wesf. Portland-Zementwerke, Köln am Rhein. Es wird da mitgeteilt, daß es möglich sei, den Betrieb im Berichtsjahre wenigstens während der Tageslichtzeit fast ununterbrochen ausreicht zu erhalten, da die Beschäftigungskosten trotz teurer Materialien und höherer Zinsen weiter zurückgegangen seien. Ähnliche Feststellungen findet man in einer Anzahl anderer Berichte. Wachsen in Zukunft mit dem steigenden Konsum die Fabriken nicht in der üblichen Weise, entwickelt sich ein besseres Verhältnis zwischen Absatz und Produktionsmöglichkeit, dann müssen die Gewinne stark steigen. Ob die Arbeiter davon in entsprechender Weise Vorteil haben, das richtet sich sehr nach der Stärke ihrer Organisation. Selbst ihnen die Einsicht dazu, dann können sie nachher die „bedauerliche Tatsache“ erleben, daß ihre Löhne mit den Gewinnen nicht steigen, die Aktionäre goldene Ernte halten, sie selbst mit dem Zuschauen sich begnügen müssen.

Die Klage der Unternehmer über Lohnsteigerungen usw. findet eine bemerkenswerte Beleuchtung durch die offensichtlich fortgesetzt steigende Konkurrenzfähigkeit der deutschen Werke auf dem Weltmarkt. Die Einfuhr von Zement geht weiter zurück, die Ausfuhr nimmt fortgesetzt zu. Im ersten Vierteljahr 1912 wurden z. B. noch 465 880 Doppelzentner Zement eingeführt, bei einer Ausfuhr in Höhe von 1 866 148 Doppelzentner. In diesem Jahre steht der auf 336 386 Doppelzentner gesunkenen Einfuhr eine auf 2 576 805 Doppelzentner gesteigerte Ausfuhr gegenüber. Der Ausfuhrüberschuß hat sich um 1 400 468 Doppelzentner oder um rund 60 Prozent gehoben. Das ist nicht etwa der Erfolg großer Preisopfer. Der Durchschnittspreis der Ausfuhr hat vielmehr noch eine kleine Steigerung erfahren, nämlich von 3,23 Mt. pro Doppelzentner auf 3,34 Mt. Die Auffassung, daß die Zementindustrie gute Aussichten habe, kommt auch in der Entwicklung der Kurse zum Ausdruck. Weil man die Erwartungen mit Bezug auf die Dividenden für das letzte Jahr allzu hoch geschraubt, damit die Kurse der Papiere über das Ziel hinausgeschossen sind, andererseits die Furcht vor einem großen Kriege und die Unsicherheit in der Schuldfrage einen scharfen Druck auf die Kurse ausübte, kletterten sie für eine Anzahl der maßgebenden Unternehmen schon wieder kräftig in die Höhe. Im Vergleich mit den Notierungen am 19. April ergeben sich für den 9. Mai folgende Steigerungen: Alsen, Portland-Zementwerke, von 214,5 auf 220 Prozent, Breitenburger Zement von 77,25 auf 78 Prozent, Oberschlesische Portland-Zementwerke von 141 auf 153,75 Prozent, Doppelner Zement von 146 auf 154,75 Prozent.

Es müßten schon verschiedene schwerwiegende, ungünstige Umstände zusammenwirken, wenn die Zementindustrie im laufenden Jahre nicht sehr gute Erfolge, bedeutend gesteigerte Gewinne erzielen. Hoffentlich geschieht die Steigerung nicht hauptsächlich auf Kosten zurückbleibender Löhne.

— Aus den Wiesdorfer Ziegeleien.

Im Bezirk Wiesdorf a. Rh. liegen 6 Ziegeleien, die von den bekannten Gebr. Budde übernommen sind; es sind also Zwischengemeister. Wie sich diese Zwischengemeister in ganz kurzer Zeit „entwickelt“ haben, und was zu gleicher Zeit auch ein Schulbeispiel dafür ist, wie gut es einem geht, wenn man andere Leute für sich arbeiten läßt, möge hier zuerst besprochen werden. Noch vor 8 Jahren, als A. Budde nur eine Ziegelei hatte, trat er mit den Ziegeleiarbeitern den Schnaps aus einer Flasche, wohnte in seiner Heimat in einem armenlichen „Bau“. Wie aber der Appetit mit dem Essen kommt, so kam auch bei diesem Ziegeleimeister der Geldhunger, der nur dadurch zu stillen war, daß er versuchte, immer mehr Leute unter sein Regiment zu bringen. Mit einigen Manipulationen ließ es sich machen, daß eine Ziegelei um die andere unter die Obhut dieses Meisters kam, ja über den Rhein, nach Angelt, streckte er die Fäden aus und übernahm auch dort die 5. Ziegelei. Momentan wohnt Herr A. Budde noch in Manfort auf „Hälfenhaus“, trägt sich aber mit dem Gedanken, in nächster Zeit sich eine Villa zu bauen. Die Kinder des „Meisters“ besuchen die höheren Schulen — ohne was zu lernen — denn als künftige Ziegeleimeister brauchen sie nicht übermäßig geistig zu sein. Herr Budde würde es heute unter seiner Würde finden, mit den Arbeitern aus einer Flasche zu trinken, heute trinkt er nur noch Steinäger und Wein. Das ist ein Aufstieg, womit ein Ziegeleimeister zufrieden sein kann — einige 100 000 Mt. mit eingerechnet.

Unteruchen wir nun einmal, auf wessen Kosten dieser Aufstieg stattgefunden hat, und wie es auf den Ziegeleien aussieht, die den Gewinn abwerfen. Da existiert noch die 11½ Stunden währende Arbeitszeit. Voriges Jahr hat unser Verband durch Verhandlung eine halbe Stunde davon geholt, sonst wären es noch 12 Stunden. In den meisten Fällen wird der Lohn auch noch nach Arbeitsstunde ausbezahlt, wodurch noch eine künstliche Verlängerung der Arbeitszeit eintritt. Zum Teil wird es auch Abklot sein, daß der Lohn so spät ausbezahlt wird, damit die Leute nicht mehr in der Lage sind, nach dem Städtchen gehen zu können, um sich Einkäufe zu machen, und dadurch gehalten sind, ihren Bedarf in der Kammer zu decken. Die Brenner haben noch völlig geschwundene Sonntagsarbeit zu leisten. Die Gewerbeinspektion sollte hier einschreiten. Der Lohn entspricht durchaus nicht der langen Arbeitszeit mit den Strapazen und Anstrengungen. Einigen „Plugen“ gibt man 1 bis 2 Mt. mehr pro Woche, damit sie die anderen desto besser antreiben und über ihr Tun und Lassen Rechenschaft geben. Im Vollstunde nennt man das Judasgeld. Abgerechnet wird erst bei Schluß der Kampagne, alle 14 Tage gibt es Vorlohn.

Nun einiges über die Schlafräume. In den meisten Fällen sind die Räume überfüllt. Auf Ziegelei 1 hat man einen alten Mann mit seinem Sohn in einem Raum untergebracht, der auf den ersten Blick mehr einem Stall als einem Wohnraum ähnlich sieht. Auf Ziegelei 4 in Büdingen standen feinerzeit einmal Betten übereinander. Die Betten müssen von den Leuten selbst gemacht werden, die Wäsche werden selbst einmal gewaschen, aufgewaschen gar nicht. Das unter diesen Umständen die Leute Wägen und Fische als lästige Schlaflameraden haben, beweist nicht aus. Auf allen Ziegeleien sind die Wäschräume ungenügend, so daß selbst der Gewerbeinspektor feinerzeit Anstoß daran genommen hat, geändert ist unser Wissen nichts geworden, wenn man von den jetzt angekauften sechs Wäschschiffen Abstand nimmt. Für Dabegelegene ist gar nicht gesorgt, kein Wunder, daß einem da beim Betreten eines Schlafraumes eine förmliche Schweißbadstulle entgegenschlägt. Auf Ziegelei 3 am Rhein wurde voriges Jahr der Wäschraum zum Teil auch als Lagerraum für Stroh und Pferdeputz benutzt.

Gehen wir über zur Kantine. Das Mittag- und Abendessen wird in der sog. „Kommune“ hergestellt und besteht des Mittags aus Erbsensuppe mit Speck und am anderen Tage Speck mit Erbsensuppe, kann kommen einmal Bohnen mit Speck, und seitdem die Linsen etwas teurer geworden, sind diese von der Speisefarte verschwunden. Abends gibt es meist „Blauerbsen“, das ist Wasser mit etwas Milch drinnen, hin und wieder schwimmt auch ein Meißel darin. Sonntags müssen sich die Leute selbst kochen, Material bekommen sie gestellt. Auch hierdurch wird den Leuten die abwechselnd hohen und Kartoffeln schälen müssen, ein Teil ihrer Sonntagsruhe geraubt. In der Woche wird das „Essen“ auf Ziegelei 1 in Manfort gekocht und nach Ziegelei 2 und Ziegelei 3 am Rhein gefahren. In welcher Verpackung dann die Erbsen- und Bohnensuppe in dem für ziela 30 Mann bestimmten Kessel ankommt, wenn sie 20 Minuten gefahren wird, kann man sich vorstellen. Wöfe Jungen behaupten, man röche schon 20 Schritte gegen den Wind, wenn das Fuhrgewert ankomme, auch röche man, ob die Erbsen angebrannt seien oder nicht. (Auf Ziegelei 5 in Manfort soll die Kost gut sein, dort locht die Frau des Brenners.)

Daß sehr viel von dieser „Ziegelei 1“ in die auf jeder Ziegelei bereitstehenden Eimer wandert, ist bewiesene Tatsache. Auch daß diese „Abfälle“ dazu dienen, die Schweine des Herrn Budde mit Fett zu füttern. — Einmal ist Herr Budde dazu übergegangen, eine arme Frau wegen Diebstahls anzuklagen, die sich auf Ziegelei 3 diese Abfälle holte. Als sich bei der damaligen Beugenernehmung aber herausstellte, daß diese Abfälle den Arbeitern gehörten, weil sie die Kost zu bezahlen müssen, und sie infolgedessen ihren Abfall schenken konnten, wenn sie wollten, sah die Polizei von einer Weiterverfolgung der Sache ab. Von den Schweinen wird ein Teil verkauft, der andre im Haus geschlachtet und Wurst und Speck zu Latenpreisen wieder in der Kantine verkauft. Außerdem wird Brot, Margarine zu 80 Pf., Bier per Flasche zu 15 Pf., eingemachte Gerichte verkauft. Diese Sachen müssen nach dem Gesetz alle zum Selbstkostenpreis abgegeben werden, daß dies nicht geschieht, sind wir in der Lage, sofort mit Beweisen zu belegen. Wir sind bereit, zu beweisen, daß noch eine ganz nette Summe Verdienst herausspringt.

Eine rasch geschwindige Handlungsweise ist unseres Erachtens auch die, daß alle Leute, auch die, welche über Winter im Betrieb waren, und mithin ihre Mitgliedschaft in der Ziegeleiarbeiterklasse gar nicht verloren hatten, im Frühjahr jedesmal Eintrittsgeld zahlen müssen. Eine Revision würde viellecht ganz nette Dinge zutage fördern. Es ist übrigens ein ganz unkontrollierbarer Zustand, daß Leute, die im Rheinland in irgendeinem Dorf als Ziegler arbeiten, ihre Beiträge nach Lippe zahlen. Ein Anschlag an die bestehenden Ortskrankenkassen würde den Zieglern bedeutende Vorteile bringen. Soviel für heute über die Zustände auf den Ziegeleien.

Nun hatte sich im Laufe des Sommers 1912 der größte Teil der Ziegler unserm Verband angeschlossen, wenn auch gegen den Willen der Meister, die gute Meiere zum bösen Spiel machen wollten, weil sie gegen die Mehrzahl nicht antommen konnten. Auch wurde den Verbandsvertretern voriges Jahr versprochen, es würde im Frühjahr 1913 der elfstündige Arbeitstag mit entsprechender Lohnreduktion eingeführt. Das waren aber nur Versprechungen — aus Angst. Nun haben sich bei der neuen Kampagne 1913 die Leute überhöhlen lassen, durch eine Fruchtpredigt der Meister, nicht in den Verband zu gehen. Daß dies zum Nutzen der Meister und zum Schaden der Arbeiter ist, werden die Arbeiter bald selbst einsehen lernen.

Arbeiter, Ziegeleikollegen! Fragt einmal die Herren Budde, warum sie sich organisiert haben und auch das Organisieren, den Eintritt in den Verband, verweigern. Und warum seid ihr so feige und folgt diesem Räte, daß der Verband keinen Zweck habe. Natürlich, für einen Ziegeleimeister hat der Arbeiterverband wenig Zweck, desto mehr aber für die Arbeiter. Wenn ihr also freie Menschen mit eigenem Willen seid, so folgt dem Beispiel der Meister, die ja alle in ihrem Verband sind, und schließt euch alle dem Fabrikarbeiterverband an, der dann die Garantie übernimmt, euch in allen Verhältnissen des Wirtschaftslebens mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Organisiert ihr euch aber nicht, so dürft ihr euch auch nicht wundern, wenn ihr als rechtlose und unterwürfige Sklaven von den Meistern behandelt werdet und in den oben beschriebenen menschenunwürdigen Verhältnissen weiter fronen müßt, zum Segen der Ziegeleimeister und zum Schaden eurer geistigen und körperlichen Gesundheit.

— Bernigerode. In der Kunststeinfabrik von Preiß herrschen Zustände, die diesen Betrieb durchaus nicht als Musterbetrieb erscheinen lassen. Zunächst fehlt es an genießbarem Trinkwasser. Im Wohnhause des „Herrn“ ist wohl eine Wasserleitung mit gutem Trinkwasser vorhanden, allein dies ist den Arbeitern nicht zugänglich, sie müssen sich mit dem schlechtesten Brunnenwasser begnügen, das noch kein Pferdewagen vertragen kann. — Ebenso ist es mit den Abortanlagen besetzt. Diese befinden sich in einem ekelerregenden Zustande, so daß die Arbeiter nicht selten gezwungen sind, ins Freie zu gehen. Ob es bei Herrn Preiß damit genau so ist, wissen wir nicht bestimmt. Da wir den Herrn aber noch nicht im Freien sitzen sahen, so nehmen wir an, daß er für seine Person etwas mehr Keiligkeit und Ordnung beansprucht, als den Arbeitern zugemessen wird. Was aber dem Herrn Preiß recht ist, muß natürlich auch bei den Arbeitern billig sein, denn diese sind ja auch in Bernigerode die Schöpfer des Unternehmergewinns. — Auch die Art der Lohnzahlung ist verbesserungsbedürftig. Wird doch diese erst nach Arbeitsstunde vorgenommen, so daß eine Verlängerung der Arbeitszeit entfällt, die durch das Ueberstundenwesen schon viel zu lang ist. Daß die Ueberstunden von einer Anzahl Arbeitern willig geleistet werden, beweist aber auch, daß der Lohn nicht gerade glänzend ist. Fern Arbeiter, die einen anfänglichen Lohn erhalten, verzichten auf den Krankbau an ihrer Gesundheit. Das alles zeigt, daß die Arbeiter dieses Betriebes Ursache genug haben, ihre einzige Waffe, die Organisation, nicht zu lassen, sondern damit in unablässiger Übung festzuhalten zu lernen, damit sie zur gegebenen Zeit auch kämpfen können.

Zieglertos.

VI.

Gelegentlich eines kleinen Ausfluges lernte ich einen älteren Mann kennen, der in einer gemäßigten Fabrik der Umgegend arbeitete. Gar bald hatten wir uns unsere gegenseitigen Lebensläufe erzählt, und als wir uns trennten, versprach er, mir einmal einen Besuch auf der Ziegelei zu machen. Zu einem der nächsten Tage kam abends ein junger Mann und brachte eine Einladung zu einer Versammlung.

Eine Ziegeleiversammlung! Das war für was etwas Unbekanntes, und mehr aus Neugierde gingen wir am nächsten Sonntage, an dem die Versammlung stattfinden sollte, nach dem angegebenen Saale. Hier fanden sich etwa eine Anzahl Ziegeleikollegen von andern Ziegeleien eingefunden. Auf der Bühne saßen zwei Männer, in dem einen erkannte ich meinen Freund vom vorigen Sonntag wieder, während der andre mir unbekannt war. Jetzt erhob sich, nachdem ich der Saal gefüllt, und begrüßte uns in einer kurzen Ansprache, um dann seinem Regleiter das Wort zu überlassen. Die Rede war, als sich dieser als ein Ziegeleikollege entpuppte, und voller Begeisterung fing an alle Augen an seinen Lippen, wie er uns das kleine Los der Ziegeleiarbeiter in packenden Worten schilderte.

Er sprach die Frage auf, ob wir unsere Lage nicht verbessern könnten, und ließ uns auch über das Wie? nicht im unklaren. Seid ruhig! Schließt euch zusammen! Einer für alle und alle für einen! Das waren seine Schlagworte, die auf uns tiefen Eindruck machten. Eine ganze Anzahl ließ sich in den Reihen angeschlossen. Sprachlos sah ich ein weisses Haupt, das über die Köpfe der Menge sich erhob, und dachte, daß durch gewisse Kräfte alles möglich ist, was einzelne als unmöglich hielten. Einer für alle und alle für einen! — Lang es in meinen Ohren und begeistert mitwirkte, und ich eine Teilnahme zum Fabrikarbeiter-Verbande, von dem die Verbesserung möglich. Nach einigen kräftigen Schlußworten des Versammlungsleiters gingen wir mit dem Versprechen, zugehörig den Verband zu werden, nach Hause.

Nach solchen Worten waren auf unserer Ziegelei alle bis auf die beiden Kollegen organisiert. Nun wollten wir aber auch unsere Lage ver-

bessern, und nachdem wir uns mit der örtlichen Leitung des Verbandes in Verbindung gesetzt, unterbreiteten wir unsern Meistern die Forderung einer Lohnzulage und Verlängerung der Arbeitszeit. Der letzte uns ins Gesicht. Als wir dann die Arbeit niederlegten, wurde er grob und drohte mit Prügel. Als das aber nicht fruchtete, wurde der Meister herbeigeholt, der uns zwei Stunden Bedenkzeit ließ. Wer bis dahin die Arbeit nicht wieder aufnehmen sollte, sollte „gottliche Heim“ nicht wieder betreten dürfen. Doch die Entbitterung über die bisher erlittene unerhörte Ausbeutung und Behandlung war zu groß; wir ließen uns durch solche Drohungen durchaus nicht einschüchtern, sondern verließen mit großem Kampfesmut die Ziegelei.

Im Gewerkschaftshause der Stadt fanden wir Aufnahme. Raum hatten wir es uns aber dort hässlich gemacht, da machte uns der Verbandsvertreter die Mitteilung, daß der Ziegeleibesitzer telephoniert habe, er sei geneigt, unsere Forderungen entgegenzunehmen, wenn die Arbeit wieder aufgenommen würde. Beschlossen wurde jedoch, zwei Mann nach der Ziegelei zu senden, die mit dem Ziegeleibesitzer verhandeln sollten, denn die Arbeit sollte nicht eher wieder aufgenommen werden, bis wir eine schriftliche Zusicherung auf unsere Forderungen hätten. Da sich niemand hierzu meldete, erbot ich mich, mit unserm Vertreter diese Mission zu übernehmen.

Die Verhandlungen waren nur kurz, denn alles wurde bewilligt, nur eine schriftliche Erklärung lehnte man ab. Als wir jedoch festblieben, kam der Unternehmer auch dem nach, nicht aber ohne mir eine Moralpredigt zu halten. Der Jubel unser Kollegen war nicht gering, als die zu Papier gebrachten Forderungen von einer Lohnzulage von 2,50 bis 3 Mt. pro Woche für jeden einzelnen und einer Arbeitszeitverlängerung von einer Stunde pro Tag, vom Meister und Meister unterschrieben, versehen wurden. Auch für bessere Reinigung der Wohn- und Schlafräume sollte gesorgt werden.

Am anderen Tage wurde die Arbeit mit neuen Kräften wieder aufgenommen, und als ob gar nichts vorgekommen sei, ging alles wieder seinen Gang. Nur des Abends noch Arbeitsstunde hatten wir öfters ein Stündchen bekommen und diskutierten über den Inhalt der Verbandszeitung. Einige Zeit ging nun alles gut weiter bei der Lohnzahlung merkte

man es dem Meister an, wie schwer es ihm wurde, etwas tiefer in denbeutel zu greifen. Die Organisation war ihm ein Dorn im Auge und er versuchte deshalb mehrere ältere Kollegen zum Austritt zu bewegen, was ihm denn auch bei einzelnen durch allerhand Versprechungen gelang. Die Mehrzahl blieb aber fest und ließ sich durch die schönen Reden des Meisters nicht irre machen. Doch dieser schien mir ein anderes Mittel entbedt zu haben, um der verhassten Organisation den Garaus zu machen. Am nächsten Sonntag verbot er dem Einlass der Verbandsvertreter die Ziegelei. Da dies auch nicht wirkte, weil ich das Kassieren übernahm, wurde ich nach einer heftigen Auseinandersetzung entlassen. Die Kollegen wollten zwar für mich eintreten, aber ich erklärte ihnen, daß es noch mehr Ziegeleien gebe, sie sollten nur der Organisation trenn bleiben, ich würde schon andre Arbeit finden.

Doch hier hatte ich die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Auf den umliegenden Ziegeleien wurde mir bedeutet, daß sie einen Aufwiegler nicht gebrauchen könnten, überall wurde mir die Tür gewiesen. Die Herren Meister waren auch organisiert, und zwar geschlossen. Die Versammlungen, die sie abhielten, hatten hauptsächlich den Zweck, die Namen der „Verbandsbrüder“ auf die schwarze Liste zu setzen. Auf den Betrieben der ganzen Umgegend waren die Arbeiter mit Forderungen an die Meister oder Meister herangetreten, und durch die günstige Konjunktur auch fast überall erfolgreich gewesen. Alles dies erfuhr ich auf der Ziegelei; ein Meister verdrängte mich, daß im nächsten Frühjahr kein „Verbandsbrüder“ Arbeit erhalten würde.

Im Verbandsbureau traf ich dann noch drei Leidensgefährten, und mit frohem Mut suchten und fanden wir am andern Tage Arbeit in einer Fabrik. Hier gefiel es uns bald so gut, daß wir nicht nur die Heimreise im Herbst vergaßen, sondern auch im Frühjahr gar nicht daran dachten, wieder in den Ziegeleien anzufangen. Heute noch bin ich dem Ziegeleimeister dafür dankbar, daß er mir den Weg zu einem geregelteren Leben gezeigt hat, denn wenn ich, auch die Zustände in den hiesigen Ziegeleien, was ich besonders hervorheben möchte, durch die Organisation etwas gebessert haben, so lassen sie in bezug auf Arbeitszeit und Lohn- und Logiswesen noch sehr viel zu wünschen übrig.

Geinrich Kriegermeister.